

Der Zimmerer.

Organ des Verbandes deutscher Zimmerleute (Sitz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Eingeschriebene Hilfskasse Nr. 2 in Hamburg).

Erscheint wöchentlich Sonnabends.

Preis pro Quartal ohne Bestellgeld Mk. 1,50. Anzeigen: die dreispaltige Zeile oder deren Raum 30 Pf., für Versammlungsanzeigen 10 Pf. pro Zeile.

Verantwortlicher Redakteur und Verleger: A. Bringmann, Hamburg. Redaktion, Verlag und Expedition: Hamburg-Barmbeck, Fehlfertstraße 28, 1.

Nr. 3.

Hamburg, den 19. Januar 1895.

7. Jahrgang.

Inhalt: Zu den inneren Einrichtungen der Gewerkschaftsorganisationen. — Der Boykott. — Eine Freisprechung. — Berichte. — Protokoll vom zweiten Provinzial-Verbandsstage in Ost- und Westpreußen. — Baugewerbliches. — Sozialpolitisches. — Gewerkschaftliches und Lohnbewegung. — Literarisches. — Versammlungs-Anzeiger. — Briefkasten der Redaktion. — Anzeigen. — Verkehrslokale.

Lohnbewegung.

Der Zuzug ist fernzuhalten von Barth in Pommern, in Düsseldorf von den Plätzen Philipp Fuchs, Wunsch und Frank, in Flensburg vom Platz Nießen in Ludwigs-hafen vom Kutzer'schen Platz, in Wandsbek vom Koch'schen Platz und in Sinschensfelde vom Hartmann'schen Platz.

Zur Generalversammlung.

Der neu gegründete Lokalverband Tremessen ist der 45. Wahlabtheilung, Cösklin, Bromberg und Thorn zugetheilt worden.

Indem eine ganze Anzahl von Lokalverbänden, ja ganze Wahlabtheilungen, bis heute noch keinen Kandidaten zur Delegirtenwahl gemeldet haben, so machen wir nochmals besonders darauf aufmerksam, daß die Namen und genauen Adressen der Kandidaten bis spätestens den 26. Januar an den Unterzeichneten gemeldet sein müssen. Andeutungen hierüber in Versammlungsberichten können nicht berücksichtigt werden.

Der Verbands-Vorstand.

J. A.: Schrader, Vorsitzender.

An die Auszahler der Wanderunterstützung.

Wiederum sind wir durch die Unachtsamkeit einiger Auszahler gezwungen, darauf hinweisen zu müssen, daß an Mitglieder, welche dem Ver-bande noch sechs Monate angehören, keine Unterstützung ausbezahlt werden darf. Dasselbe gilt für Diejenigen, welche früher bereits unserer Organisation angehörten, aber wegen Schulden gestrichen wurden und sich später wieder erneuern ließen. Auch diese müssen, vom Tage ihrer Erneuerung angerechnet, sechs Monate dem Ver-bande angehört haben, bevor ihnen die Wanderunterstützung zufließt.

An folgende Mitglieder ist bereits im Dezember Unterstützung ausbezahlt, obwohl sie eine Berechtigung dazu noch nicht hatten. An diese Mitglieder darf vorläufig keine Unterstützung mehr ausbezahlt werden. Die betreffenden Kameraden werden ersucht, ihr Verbandsbuch und Reise-legitimation zwecks Kontrolle an den Unterzeichneten einzusenden.

Nr. 15602 C. Grütze,
Nr. 15972 C. Vater,
Nr. 16636 A. Ziehm,
Nr. 17107 C. Donath,
Nr. 19448 R. Prüssmann,
Nr. 19470 W. Schmidt.

Des Weiteren machen wir noch darauf auf-merklich, daß den reisenden Mitgliedern die lau-fenden Beiträge von der Unterstützung gekürzt

werden müssen. An Mitglieder, welche über 9 Wochen mit ihren Beiträgen im Rückstande sind, darf keine Unterstützung ausbezahlt werden.

Ferner ersuchen wir alle Lokalfassirer, bevor sie die Quittungen über ausbezahlte Wanderunterstützung an uns einsenden, dieselbe der Reihe der Verbandsnummern nach genau ordnen zu wollen, so daß immer die niedrigste Nummer oben und die höchste Nummer unten liegt.

Der Verbands-Vorstand.

Zu den inneren Einrichtungen der Gewerkschaftsorganisationen.

II.

Die Existenz der Organisation darf aber auch aus noch vielen anderen Gründen, als den schon angeführten, nicht vom Versammlungsbesuch der einzelnen Mitgliedschaften (Lokalverbänden) abhängen. Wir wollen indessen nur noch einen Grund anführen, nämlich die Thatsache, daß polizeiliche Maßregeln gegen die Organisation in der Regel gerade bei der Hintertreibung der Versammlungen einsetzen. Und man kann sagen: Daß die Gewerkschaftsorganisation 1878 einen so schweren Schlag bekam, von dem sie sich erst nach Jahren erholte, läßt sich im Wesentlichen darauf zurückführen, daß die Existenz derselben vom regelmäßigen Versammlungsbesuch abhing, diese Versammlungen aber verboten wurden.

Der sozialdemokratischen Parteiorganisation hat der Schlag 1878 lange nicht so viel Schaden zugefügt als den Gewerkschaftsorganisationen. Die Existenz der Parteiorganisation hing damals schon nicht mehr vom Versammlungsbesuch ab. Die Maßregeln der preussischen Polizei hatten die Parteigenossen schon längst gewitzigt, so daß diese eine lange Zeit recht gut ohne Versammlungen auskommen konnten. Und wenn die Reaktion wieder einmal ihre Organe in ähnlicher Weise wie 1878 feiern würde — was noch immer nicht ausgeschlossen ist —, dann werden ihre dies-bezüglichen Maßnahmen noch wirkungsloser als damals sein.

Diese Thatsachen sind übrigens so offenkundig, daß sie kein Mensch mehr bestreitet. Im Gegen-theil, es ist schon immer darauf verwiesen worden, in Hinsicht der Organisation der Partei nachzu-eifern! Leider wird bei solchen Gelegenheiten empfohlen, die Organisationsform der Partei zu akzeptiren, was ebensoviel bedeutet, als die Gewerkschaftsorganisationen vernichten, was an den „Vertrauensmänner-Zentralisationen“ genü-gend erwiesen ist. Nicht die Form, wohl aber die Taktik der Partei, ist für die Gewerkschaften akzeptabel; das heißt, es muß versucht werden, bei strenger Zentralisation ohne viele Versamm-lungen auskommen zu können! Daß dies geht, oder unter Umständen gehen muß, haben wir in der Nr. 26 des „Zimmerer“ 1894 ausführlich in einem Artikel: „Zur Gewerkschaftsbewegung in Sachsen“ dargethan.

Soviel zur Erhaltung der Organisationen im Allgemeinen!

Die Aufgaben der Gewerkschaftsorganisationen an den verschiedenen Orten sind freilich wesentlich andere, als die der Parteiorganisation. Während

diese hauptsächlich Flugblätter zu verbreiten, gelegentlich Versammlungen zu veranstalten und Arbeiten bei Wahlen zu verrichten hat, soll die Gewerkschaftsorganisation die Interessen der Berufsgenossen an den verschiedenen Orten direkt vertreten. Daß hierzu regelmäßige, gutbesuchte Versammlungen erwünscht sind, ist selbstverständlich, daß man diese aber nicht immer zusammenbekommt, lehrt die Erfahrung.

Alle bisher angewandten Mittel, regelmäßig guten Versammlungsbesuch zu erzielen, haben sich als fruchtlos erwiesen; die große Masse der Berufsgenossen nimmt nur zeitweilig regen An-theil und zwar in der Regel nur dann, wenn sich Gelegenheit bietet, materielle Vortheile zu erzielen. Solche Gelegenheit läßt sich aber nicht nach Belieben herbeiführen, solche Gelegenheit bietet sich im Verhältniß zum Bedürfniß sogar nur selten. Die meiste Zeit hindurch kann die Organisation in Bezug auf die greifbaren Inter-essen nichts weiter thun, als die gewerblichen Verhältnisse an den verschiedenen Orten beobachten und etwaigen Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen entgegenzutreten. Je nach-dem auf diesem Gebiete bemerkenswerthe Momente austauschen und Kräfte am Orte sind, die diese Momente zur Unterhaltung der Versammlungen verwerten können, gestaltet sich auch der Ver-sammlungsbesuch.

Es ist aber bekannt, daß wir leider nur wenige Kräfte in der Gewerkschaftsbewegung haben, die wirklich als geistige Führer, wenn wir so sagen wollen, fungieren können. Wenn sich also wirklich Stoff genug bietet, eine Ver-sammlung zu unterhalten, dann fehlen meistens doch die Kräfte, denselben zu verwerthen. Noch dazu, da die einigermaßen tüchtigen Kräfte in der Gewerkschaftsbewegung, meistens recht bald ihre Aufgabe darin erblicken, sich hervor-ragend in der Parteibewegung zu beschäftigen. Also man kann sich den zeitweise recht mangel-haften Versammlungsbesuch in der Gewerkschafts-bewegung gewissermaßen erklären. Wir finden, daß derselbe nicht mit Aufforderungen an die Berufsgenossen allein aufgebessert werden kann; wir müssen mit den Zuständen, mit dem mangel-haften Versammlungsbesuch also rechnen.

Ist aber die Existenz der Organisation erst nicht mehr vom Versammlungsbesuch abhängig, das heißt, werden die Beiträge anderweitig ein-gezogen und erhält jedes Mitglied das Fachblatt zugestellt, dann ist die Möglichkeit gegeben, das Augenmerk der Mitglieder auf die gewerblichen Zustände zu lenken, ohne daß sie regelmäßig die Versammlungen besuchen. Es gehört dann dazu, daß die gewerblichen Zustände des betreffenden Orts von Zeit zu Zeit im Fachblatt geschildert werden!

In dieser Beziehung bleibt in der That noch sehr viel zu wünschen übrig. Wir haben schon öfter darauf aufmerksam gemacht, daß unser Fachblatt zunächst dem Kampfe selbst gewidmet ist, den wir nun einmal zu führen haben, und auf mehreren Generalversammlungen ist beschlossen, daß die Vorstände der verschiedenen Lokalverbände von Zeit zu Zeit Situationsberichte einsenden sollen.

Indeß bekommen wir selten andere Zujchriften als Versammlungsberichte, meterlange Aufforderungen, daß die Mitglieder die Versammlungen besuchen möchten, auch Pamphlete gegen Rivalen usw. Alles Sachen, die nur selten Gemeininteresse haben und den Verband oft schädigen würden, wenn wir denselben die Aufnahme nicht verweigerten.

Es mag vielen Personen schwer fallen, einen Situationsbericht abzufassen, das verkennen wir durchaus nicht, aber es ist nicht denkbar, daß es unter den Zimmerleuten Deutschlands gar keine Personen geben soll, die dieser Aufgabe gewachsen sind. Wir sind immer noch der Ansicht, daß es eine beträchtliche Zahl Verbandsmitglieder gibt, die sehr wohl das Zeug zu solchen Arbeiten haben, sie halten aber aus irgend welchem Grunde, nicht selten aus purer Lässigkeit, damit zurück, ohne dabei zu bedenken, daß ihr Eingreifen dem Verbands immensen Vortheil einbringen würde. Sehen wir uns einmal die Fachblätter anderer Gewerkschaften, wie die der Buchdrucker, Stein drucker, Buchbinder usw. an, da werden die meisten Artikel von Fachgenossen geschrieben und in den Artikeln werden meistens fachgewerbliche Angelegenheiten behandelt und so schon den Ausbeutern öfter ein Dämpfer aufgesetzt. Wende man immerhin ein, in den aufgeführten Gewerben stecken auch die intelligentesten Arbeiter, in unserem Gewerbe giebt es auf alle Fälle Personen genug, die mindestens von Zeit zu Zeit einen Situationsbericht abfassen können!

Um nicht mißverstanden zu werden, wollen wir noch bemerken, daß es uns nicht etwa einfällt, die Mitglieder vom Versammlungsbesuch abzuhalten; wir wünschen nichts sehnlicher als regelmäßigen, guten Versammlungsbesuch in allen unseren Lokalverbänden und in allen anderen Gewerkschaften. Uns kommt es aber darauf an, Mittel zu finden, die es ermöglichen, die Gewerkschaftsbewegung auch da in Fluß zu halten, wo sich regelmäßige, gutbesuchte Versammlungen nicht erzielen lassen. Und daß solche Mittel notwendig sind, zeigt uns neben den Angeführten noch die betrübende Thatsache, daß die meisten Gewerkschaften — unsere mit einbegriffen — geradezu einen Taubenschlag bilden. Die Mitglieder kommen und gehen fortwährend und was noch schlimmer ist: alljährlich werden eine große Anzahl Lokalverbände gegründet und die Zahl derselben wird trotzdem nicht größer. Wir stehen vor unserer Generalversammlung und es sollte uns wundern, wenn nicht wieder eine große Anzahl Anträge eingebracht würde, die alle die gerügten Mißstände aus der Welt schaffen sollen. Demgegenüber müssen wir hervorheben, daß solche Anträge vollständig werthlos sind, daß die Mißstände durch keinen Beschluß aus der Welt geschaffen werden können, sondern, daß hier die Einsicht, die Energie und der Opferrath der einzelnen Personen helfen muß!

Der Boykott.*)

Der Boykott ist ein Kampfmittel der Arbeiter und der Unterdrückten überhaupt, das, wie sein Name aus den irischen Agrarkämpfen stammt, von dort unter die Kampfmittel der nordamerikanischen Gewerkschaften aufgenommen wurde und nachher in der politischen wie gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung Deutschlands, vereinzelt auch in Oesterreich und in der Schweiz, Anwendung fand.

Der Boykott besteht in der planmäßigen Verweigerung der Konsumtion von Produkten bestimmter Unternehmer, die durch ihre Thätigkeit eine Schädigung des den Boykott verhängenden Kreises von Personen beabsichtigen. Am besten wird Zweck und Taktik des Boykotts an dem Beispiele des ersten irländischen Boykotts klar werden.

Es war in einer Versammlung zu Ennis im September 1880, wo der erste Führer der Ir-länder, Parnell, in seiner Rede die Frage aufwarf: „Was hat einem Pächter zu geschehen, der

um ein Pachtgut sich bewirbt, aus dem ein Anderer vertrieben worden ist?“ Einige Stimmen riefen: „Erschießt ihn!“ Parnell beantwortete diese Zwischenrufe in seiner Rede sofort: „Ich glaube, ich hörte Jemand rufen: „Erschießt ihn!“ Ich will Euch einen besseren Weg bezeichnen, einen christlicheren und liebevolleren, der dem verlorenen Manne Gelegenheit giebt, zu bereuen. Bezieht Jemand ein Pachtgut, aus dem ein Anderer ungerechtfertigter Weise vertrieben worden ist, dann zeigt auf den Straßen, wenn ihr ihn begegnet, mit Fingern auf ihn, macht ihn kenntlich an der Vogelwiese, auf dem Marktplatz, in der Werkstätte dadurch, daß ihr ihn meidet wie einen Aussätzigen. Thut ihm so den Abscheu vor dem Verbrechen, das er begangen, kund.“ Dieser Rath Parnells wurde zuerst gegen einen gewissen Kapitän Boykott in Ausführung gebracht.

Charles Cunningham Boykott lebte Ende der 70er Jahre in Lough Mask, Grafschaft Mayo, als Grundbesitzverwalter und Agent von Lord Erne. Er hatte dort die kleinen Pächter zu überwachen, damit sie ihre Kontrakte gegen ihre Gutsherren erfüllten. Er verfuhr dabei mit unerbittlicher Strenge, Hartherzigkeit und Chikane, so daß durch die ganze Grafschaft hin Niemand mehr verfaßt war als er. Im Herbst 1879 hatte die Erbitterung einen solchen Umfang angenommen, daß die nationale Landliga gegen ihn vorzugehen beschloß. Gewaltmaßregeln wurden nicht für gut befunden, statt dessen aber wurde, als der Rath Parnells bekannt wurde, die allgemeine Achtung über ihn ausgesprochen. Alle seine Arbeiter kündigten unmittelbar vor der Ernte, so daß er — er hatte selbst Land gepachtet — sein Getreide nicht einbringen konnte. Die Diensthoten verließen sein Haus. Er versuchte von auswärtz neue Arbeitskräfte zu werben und machte zu diesem Zwecke weite Reisen durch das Land. Alles ohne Erfolg. Obgleich sonst Tausende hungernde Arbeitslose zu jedem Preis Arbeit zu nehmen gewillt waren, so meldete sich für Boykott nicht ein einziger. Die Kutscher wollten ihn nicht fahren, die Hotelbesitzer gaben ihm kein Obdach. Schlächter, Bäcker und Krämer verkauften ihm keine Lebensmittel. Sein gemästetes Vieh, welches er auf den englischen Markt zu schicken im Begriffe war, mußte unverkauft bleiben, da die Eisenbahngesellschaft den Transport nicht übernehmen wollte. Die Regierung kam dem Ausgestoßenen schließlich zu Hülfe. In einer entlegenen Gegend des nördlichen Theiles Irlands, wo die Landliga wenig Einfluß hatte, wurde eine Schaar Arbeiter gemiethet und unter starkem militärischen Schutz nach Lough Mask gebracht. Doch für die Ernte war es zu spät geworden, das Getreide war auf dem Felde verfault. Die Arbeiter mußten unverrichteter Sache wegziehen, die Kosten für den militärischen Schutz sollen eine halbe Million betragen haben. Boykott war nun ein ruinirter Mann. Er konnte an dem Orte seiner bisherigen Wirksamkeit nicht mehr bleiben. Mehrere englische Grundbesitzer versahen ihn, um von der Ursache wiederholten Ausruhrs befreit zu sein, mit Geldmitteln zur Auswanderung. Nach diesem Boykott nannte man das ganze Verfahren boykotten. Im Frühjahr 1881 soll Boykott in Newyork angekommen sein. Er hat es aber in Amerika nicht lange ausgehalten, denn im Jahre 1883 sah man ihn wieder in Irland. Er hatte aber seine Stellung vollständig geändert, er war in das Lager seiner früheren Gegner übergegangen und erfreute sich dort sogar einer gewissen Popularität.

Der Erfolg des ersten Boykotts spornte in Irland zur Wiederholung desselben an. Mißliebige Personen mußten infolge dieses Systems ihre Stellungen verlassen. Wer nicht mit boykottiren wollte, wurde selbst mit dem Boykott belegt. Kaufleute, welche an Boykottirte verkauft hatten, wurden zu Grunde gerichtet. Es ist in Irland vorgekommen, daß man Boykottirten die Theilnahme am Gottesdienst verboten hat, ihre Kinder wurden aus der Schule gewiesen, kein Arzt durfte sie besuchen, ja, selbst über das Grab hinaus blieb der Boykott in Geltung. Niemand durfte

einem Leichenbegängniß eines Boykottirten beiwohnen oder ein Grab für ihn graben.

Zu einer allgemeinen Verbreitung gelangte das System des Boykotts in den Vereinigten Staaten.

Den Unternehmer zu bestimmen, die bei einem Streik angenommenen Ersparbeiter zu entlassen, ist die hauptsächlichste Aufgabe des Boykotts. Die Waaren werden so lange in Verzug erklärt, bis die Mitglieder der Gewerkschaften zu den geforderten Bedingungen wieder ange stellt sind. Auch infolge einer Aussperrung kann der Boykott zur Anwendung kommen und schließlich auch zur Verstärkung eines solchen Streiks, bei dem der Unternehmer sich keine Ersparbeiter verschaffen kann. Derselbe soll durch die Unverkäuflichkeit seiner auf Lager befindlichen Produkte zum Nachgeben gegen die Ausständigen veranlaßt werden. Meist war aber auch in Amerika in letzterem Falle der Boykott unpraktisch, weil er niemals einen schnellen, sondern nur einen langsamen, fortschreitenden Erfolg hat, auf welchen die Streikenden meist nicht warten können.

Die Methode, nach welcher in den Vereinigten Staaten geboykottet wird, ist zwar immer dieselbe, aber je nach der Qualität der Waaren, über die der Boykott verhängt wird, mehr oder weniger der Verbreitung fähig. Ist z. B. eine Hutfabrik boykottirt, so kaufen alle Arbeiter, die den Boykott ausgesprochen haben, keinen Hut von der betreffenden Firma und suchen Diejenigen, mit welchen sie in geschäftlicher Verbindung stehen, also namentlich die Kleinkaufleute, durch Androhung des Verlustes der Kundenschaft zu veranlassen, ebenfalls von dort keine Hüte zu beziehen. Die Fabrikmarke und die Façons des boykottirten Geschäftes werden in Arbeiterzeitungen bekannt gemacht oder durch Flugblätter verbreitet, damit sich Niemand durch Unkenntniß entschuldigen kann.

Eine Spezialität der amerikanischen Arbeiter ist der Boykott von Zeitungen. Beim Boykott der Newyorker „Tribüne“ (1884/85) wurde vom Newyorker Seßerverein ein eigenes Wochenblatt „The Boycotter“ gegründet, das in Kürze eine Auflage von 30 000 Exemplaren erzielte. Die Organisation der „Ritter der Arbeit“ hatte im Herbst 1884 nicht weniger als 23 Zeitungen boykottirt.

Im Januar 1885 wurden in Newyork, abgesehen von Zeitungen, Rindfleisch, Hüte, Zeug waaren, Defen, Koste, Schüreisen und Roman zeitichriften bestimmter Firmen sowie durch Hausindustrie angefertigte Zigarren boykottirt.

Eine ganz eigenartige, in Amerika zuerst in Anwendung gebrachte, nachher auch nach Deutschland übertragene Form des Boykotts ist die Einführung der Kontrolmarke.

Der Boykott wird in Amerika als Mittel der Selbstvertheidigung betrachtet, selbst die Bibel, so z. B. ein Ausspruch des Apostels Paulus (Epistel an die Thessalonicher, Kap. 3, V. 11—14) wird angezogen, um die Berechtigung des Boykotts zu erweisen. Dort heißt es nämlich: „So aber Jemand nicht gehorjam ist unserem Worte, den zeichnet an durch einen Brief und hab nichts mit ihm zu schaffen, auf daß er schamroth werde.“

Ueber die Prinzipien, welche die amerikanischen Arbeiter beim Boykotten leiten, ist das Folgende anzuführen: Das Boykotten ist nur anzuwenden, wo die betreffende Industrie noch nicht zum Monopoi (Trust, Kartell) geworden ist. Das Boykotten muß mit Energie durchgeführt werden. Diese Maßregel ist zwar billiger als der Streik, kostet jedoch auch Geld und viel Arbeit. Einen Boykottbeschluß zu fassen, ist die Arbeit weniger Minuten, denselben aber mit Erfolg durchzuführen, ist mindestens ebenso schwierig, aber auch ebenso ehrenvoll, wie einen Streik zu gewinnen. Das Boykotten wird um so erfolgreicher sein, je größer die Zahl Derer ist, welche daran theilnehmen, je konsequenter er durchgeführt und je einheitlicher er geleitet wird. Eine ununterbrochene Agitation ist nothwendig, wenn die Sache nicht vergessen werden soll. Einem Unternehmer, der bloß für

*) Aus dem im Verlage von Wörlein & Co. in Nürnberg erscheinenden „Volks-Zeiton“.

den Lokalabsatz produziert, ist eher beizukommen als demjenigen, der seine Waaren auch nach auswärts sendet; dem nach dem Ausland Exportirenden ist niemals beizukommen. Möglichst wenige Produzenten der gleichen Waare und möglichst wenige Dinge gleichzeitig sind zu boykotten. Endlich ist von großer Bedeutung, ob die Waaren der zu Boykottirenden überhaupt Absatz in Arbeiterkreisen finden; so werden Fabrikanten von Maschinen und Eisenbahnschienen, Juweliers und Goldschmiede, Seidenwaarenfabrikanten u. c. niemals mit Erfolg boykottirt werden können. Ein Erfolg ist auch dann ausgeschlossen, wo die boykottirten von den nicht boykottirten Waaren nicht unterschieden werden können, so zum Beispiel bei Mehl, Textilwaaren u. c.

Aus den Vereinigten Staaten wurde der Boykott nach Deutschland übertragen, wo er fast nur gegen Wirthe und Bierbrauereien angewendet wird, die, dem Drucke der Polizei- und Militärbehörden folgend, ihre Säle den Arbeitern zu politischen Versammlungen verweigerten. Im Jahre 1889 waren den Berliner Arbeitern fast sämtliche Säle abgetrieben worden. In einem energisch durchgeführten Boykott eroberten sie diese fast alle zurück. Das Beispiel Berlins fand in fast allen Gebieten Norddeutschlands Nachahmung, doch nicht überall war die Sache gleich gut organisiert, nicht überall konnte man die Massen in gleicher Weise für den Boykott interessieren. Die an verschiedenen Orten wegen Maßregelung von Brauereiarbeitern proklamirten Boykotts verliefen erfolglos, da man für dieselben die Massen nicht in gleicher Weise interessieren konnte; die Massen konnten mit Recht nicht begreifen, daß die Brauer durch Andere ihre Kämpfe ausführen lassen wollen, während die Arbeiter aller anderen Branchen bei Streiks ihre eigene Haut zu Markte tragen müssen.

Daß die Behörden im deutschen Reiche auch gegen das Kampfmittel des Boykotts mit politischen Maßregeln vorgingen, ist bei dem Verfolgungseifer, der im deutschen Reiche herrscht, nicht weiter erstaunlich. Wo keine gesetzlichen Handhaben sind, da stellt sich der grobe Unfugsparagraph ein, der besonders im Königreich und in der Provinz Sachsen gegen Diejenigen, welche den Boykott verhängt haben, zur Anwendung gebracht wurde. Seit dem Jahre 1894 erfreuten sich einige Ortsgemeinden des Königreichs Sachsen besonderer Ortstatuten gegen den Boykott. Antisemiten, Militärbehörden, Kriegervereine, Unternehmerverbände läßt man weiter die Boykottfreiheit, Arbeiter aber sperrt man ein.

In Oesterreich wurde gegen Saalverweigernde Wirthe einige Male erfolgreich der Boykott verhängt.

In der Schweiz wurden im Sommer 1894 drei Brauereien, welche ihren Arbeitern nicht das Recht, sich zu organisiren, zugestanden, mit Erfolg boykottirt.

So modern auch der Name Boykott ist, so alt ist freilich dieses Kampfmittel, wenn es auch unter anderen Namen früher angewendet wurde; die Exkommunikation und der Bann des Papstes und der Bischöfe spielten im politischen und gesellschaftlichen Leben des Mittelalters eine große Rolle, die jüdischen Rabbiner machten auch von ähnlichen religiösen Strafen Gebrauch, auch bei dem Unternehmertum unserer Tage ist die Boykottirung von Arbeitern durch „schwarze Listen“ in Uebung; die gesellschaftliche Meidung von Sozialdemokraten ist Boykott, die Agitation der Antisemiten gegen jüdische Geschäfte ist Boykott, das Verbot der Militärbehörden, daß Soldaten gewisse Wirthschaften nicht besuchen dürfen, die Ausschließung von Sozialdemokraten aus den Kriegervereinen u. c. ist Boykott. Hieraus geht hervor, daß der Boykott nicht etwas spezifisch Sozialdemokratisches ist; ja, daß er nicht einmal nur ein Kampfmittel der Unterdrückten ist, die herrschenden Klassen wenden ihn häufiger und rücksichtsloser an als der Arbeiter und in der Regel auch erfolgreicher.

Eine Untersuchung über die prinzipielle Berechtigung der Arbeiter, Boykotts zu verhängen, erübrigt sich somit. Es handelt sich bloß um die

taktischen Fragen: 1. Unter welchen Umständen ist es praktisch, einen Boykott zu verhängen, und 2. wann bieten sich Ausflüchte, ihn auch erfolgreich durchzuführen. Die sozialdemokratische Partei Deutschlands hat zweimal Gelegenheit genommen, offiziell zu diesen Fragen Stellung zu nehmen, und zwar auf dem Parteitage zu Halle a. S. im Jahr 1890, wo Kloss und Grillenberger über diese Frage referirten und wo die folgende Resolution fast einstimmig Annahme fand:

„Der Parteitag erklärt: Unter den heutigen ökonomischen Verhältnissen und bei dem Bestreben der herrschenden Klasse, die politischen Rechte und die wirtschaftliche Lage der Arbeiter immer tiefer herabzudrücken, sind Streiks wie auch Boykotts eine unumgängliche Waffe für die Arbeiterklasse; einmal, um die auf die materielle oder politische Schädigung gerichteten Bestrebungen ihrer Gegner zurückzuweisen, dann aber auch, um ihre soziale und politische Lage nach Möglichkeit innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft zu verbessern. Da aber Streiks und Boykotts zweischneidige Waffen sind, die, am unrechten Ort oder zur unrechten Zeit angewendet, die Interessen der Arbeiterklasse mehr schädigen als fördern können, empfiehlt der Parteitag den deutschen Arbeitern sorgfältige Erwägung der Umstände, unter welchen sie von diesen Waffen Gebrauch machen wollen; insbesondere betrachtet es der Parteitag als eine zwingende Nothwendigkeit, daß die Arbeiterklasse zur Führung solcher Kämpfe sich gewerkschaftlich organisiert und zwar möglichst in zentralistischen Verbänden, um sowohl durch die Wucht der Zahl wie die Wucht der materiellen Mittel und nach sorgfältig getroffenen Erwägungen den beabsichtigten Zweck möglichst vollkommen erreichen zu können. Der Parteitag, von diesen Auffassungen ausgehend, empfiehlt allen Parteigenossen kräftige Unterstützung der gewerkschaftlichen Bestrebungen. Zugleich protestirt der Parteitag gegen die erneuten Versuche der Regierungen und der Unternehmerklasse, den in Deutschland vorhandenen Rest des Koalitionsrechtes durch die reaktionären Bestimmungen in der Novelle zur Gewerbeordnung vollends zu vernichten, und beauftragt die parlamentarischen Vertreter der Partei, diese Versuche mit aller Entschiedenheit zu bekämpfen und dafür einzutreten, daß volle Koalitions- und Vereinigungsfreiheit, diese Grundlage für die Kämpfe der Arbeiterklasse zur Erreichung besserer Existenzbedingungen, erreicht werde.“

Zum zweiten Male nahm die Partei zu dieser Frage auf dem 1892 in Berlin abgehaltenen Parteitage Stellung. Auf Grund eines Referats von Auer, dem in diesem Punkte von Niemandem widersprochen wurde, erklärte der Parteitag:

„Der Boykott ist für den politischen und gewerkschaftlichen Kampf der Arbeiterklasse eine Waffe, die nur unter der aktiven Theilnahme der großen, heute noch nicht organisirten Massen wirksam in Anwendung gebracht werden kann. Der Boykott kann daher mit Aussicht auf Erfolg nur in den Fällen in Vorschlag gebracht werden, wo es sich um Fragen handelt, an denen weite Arbeiterkreise mit tiefgehendem Interesse theilhaftig sind, insbesondere auch um Zurückweisung von Bestrebungen, welche eine politische Schädigung der Arbeiterklasse bezwecken. Unter keinen Umständen aber darf der Boykott zu einem Mittel der politischen oder wirtschaftlichen Vergewaltigung werden zu dem Zwecke, die politische Gesinnung oder persönliche Ueberzeugung zu strafen oder die äußere Befundung einer politischen Meinung oder deren Bethätigung zu erzwingen.“

Damit wurde festgestellt, daß der Boykott von der deutschen Sozialdemokratie bloß als politisches Abwehrmittel benutzt werden darf, daß er als Antwort auf Provokationen des Unternehmertums und bei Saalverweigerungen zum Zwecke der Eroberung von Versammlungslokalen in Anwendung kommen darf.

„Der Boykott darf aber niemals dazu dienen, irgend Jemanden, irgend eine Gesellschaft, die vielleicht von Arbeitern materiell abhängig ist, zu zwingen, daß sie Sozialismus heuchle,“ erklärte

Mollenbuhr auf dem Parteitage zu Halle, und Grillenberger sagte bei der gleichen Gelegenheit: „In Bezug auf die Anwendung des Boykotts, der in Deutschland verhältnißmäßig jung ist, ist noch größere Sorgfalt am Platze als bei der Gutheißung von Streiks. Boykott zur Beseitigung von Hindernissen, die den Arbeitern hauptsächlich bei Ausübung ihrer politischen Rechte in den Weg gelegt werden und meistentheils gerichtet gegen Besizer großer Lokale, sind von vornherein gut-zuheißen, zumal in solchen Fällen, wo in ganz brutaler Weise das Unternehmertum glaubt, sein Uebergewicht zeigen zu können. Den Boykott aber in allen den Fällen, wo es sich um eine kleine Differenz zwischen Unternehmern und Arbeitern handelt, gleichsam als ständige Institution in's ganze gesellschaftliche Leben zu übertragen, wäre das Gefährlichste, was seitens der Arbeiterbevölkerung überhaupt geschehen könnte.“

Endlich erklärte unter Zustimmung der Vertreter der deutschen Sozialdemokratie Auer auf dem Berliner Parteitage: „Vom Boykott gilt, was vom Streik gilt, er ist ein zweischneidiges Schwert, und es können Diejenigen, welche davon Gebrauch machen wollen, statt der Erfolge sehr wohl Nachteile einheimen. Er unterscheidet sich aber von dem Streik dadurch, daß, während der Streik in jedem einzelnen Falle immer beschränkt bleibt auf gewisse Produktionszweige, der Boykott zur erfolgreichen Anwendung vor Allem auf große Massen, auf möglichst breite Schichten berechnet sein muß. Der Boykott setzt voraus, daß möglichst breite Schichten seine Nothwendigkeit und Erpriesslichkeit einsehen. Er verlangt, daß nicht bloß die organisirte Arbeiterschaft, sondern die gesammte Arbeiterschaft daran theilnimmt. Der Erfolg hängt thatsächlich von dieser Theilnahme ab. Daraus geht hervor, daß er nicht bei jeder Gelegenheit angewandt werden kann. Ihn überall anzuwenden, wo Einzelne glauben, daß er angebracht sei, hieße, dieses Kampfmittel von vornherein mißbrauchen und von vornherein die Niederlage in sichere Aussicht nehmen. . . . Es muß daran festgehalten werden, daß zum Austrage gewerkschaftlicher Kämpfe der Boykott nur ganz ausnahmsweise in Anwendung gebracht werden darf; denn hier wird meistens der Erfolg ausbleiben und nur ganz vereinzelte Berufe sind zur Anwendung dieses Mittels in der Lage. Wie will man denn z. B. den Maschinenbauern, wenn sie mit ihren Unternehmern in Konflikt gerathen, durch den Boykott der gesammten Arbeiterschaft zu Hülfe kommen? Will man den Unternehmer bei den Arbeitern denunziren und diese auffordern, keine Maschinen zu kaufen? Die Boykotts haben sich denn auch wesentlich in denjenigen Gewerben abgespielt, die sich mit der Bereitung von Lebensmitteln befassen, und da haben wir auch gesehen, daß bei solchen Differenzen zwischen den Brauereigehülften und den Unternehmern dieses Mittel überall versagte, weil bei solchen Streitigkeiten die Sympathie, die Interessenahme der Massen fehlt. Grundsätzlich müsse daran festgehalten werden, daß nur diejenige Vertretung, welche mit Zug und Recht an dem betreffenden Orte, für den betreffenden Kreis, auf den der Boykott sich bezieht, die Vertretung der gesammten organisirten Arbeiterschaft repräsentirt, das Recht hat, von diesem Kampfmittel Gebrauch zu machen und den Boykott zu proklamiren. Die Art, daß einzelne kleine Versammlungen, einzelne Personen sogar sich herausgenommen haben, den Boykott zu proklamiren und gewissermaßen die ganze Arbeiterschaft dafür verantwortlich zu machen, ist entschieden zu verwerfen.“

Eine Freisprechung.

Es ist ein charakteristisches Zeichen der Zeit, daß man von der Freisprechung eines Arbeiters wie von den seltensten Seltenheiten berichten muß, während der Reichstag die geltenden Gesetze noch mehr verkaufte soll. Und noch charakteristischer ist die ungeheure Mühe und der Kostenaufwand, deren es bedarf, um zum Recht zu kommen, um den künstlich verengten Maschen der ohnedem schon scharfen Gesetzesbestimmungen zu entgehen.

Im Frühjahr 1893 brach bekanntlich in Obergberg in der Markt ein Zimmererstreik infolge von Lohnredu-

zung aus. Die eingesezte Lohnkommission erließ in einem dortigen Blatt folgenden Aufruf:

Arbeiter all', erwacht!

Am Sonnabend Morgen hat die große Mehrzahl der Zimmerer, bis auf ein paar Mann, auf dem Zimmerplat des Zimmermeisters (der Name thut nichts zur Sache) hier selbst die Arbeit eingestellt. Grund dazu war Lohnreduzierung und Verlängerung der Arbeitszeit. Jeder vernünftig Denkende wird zugeben, daß wir also nicht willkürlich in den Streik getreten sind, sondern daß er uns von Seiten unseres Arbeitgebers aufgedrungen ist, denn wir stellen nicht die geringste Forderung, sondern wollen nur das aufrecht erhalten wissen, was bisher bestanden hat.

Kameraden und Freunde der Arbeiterfrage, unser Sieg ist auch Euer Sieg, helft uns in unserem Kampfe gegen das Ausbeutertum unterstützen.

Ueber den Zimmerplatz des Zimmermeisters..... haben wir die Platzsperre verhängt. Haltet daher den Zugang nach Oberberg fern. Geldsendungen usw. sind zu richten an die Adresse W. Künede, Oberberg (Markt). Die Streikkommission.

Auf Grund dieses Aufrufs erhob die Staatsanwaltschaft Anklage, denn sie war der Ansicht, daß der § 153 der Gewerbeordnung verletzt sei. Am 26. September 1893 fand vor dem Schöffengericht zu Oberberg Termin statt, in dem unser Kamerad zu drei Tagen Gefängnis verurteilt wurde. Er legte Berufung ein; am 11. Dezember 1893 fand Termin vor dem Landgericht zu Prenzlau statt, dieselbe wurde indessen vertagt. Am 25. Januar 1894 kam die Sache dann zur Verhandlung; unser Kamerad wurde freigesprochen. Hiergegen legte die Staatsanwaltschaft Revision ein; am 9. April 1894 fand die Verhandlung vor dem Kammergericht zu Berlin statt, die Sache wurde zur nochmaligen Verhandlung an das Landgericht zu Prenzlau zurückverwiesen. Nachdem am 7. Juni 1894 wieder ein Termin vertagt war, kam die Sache am 13. Dezember 1894 zur Verhandlung und endete wiederum mit der Freisprechung unseres Kameraden. Wir lassen das Urteil mit Begründung hier folgen:

„In der Strafsache gegen den Zimmermann Wilhelm Künede zu Oberberg wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung hat auf die von dem Angeklagten und der königlichen Staatsanwaltschaft gegen das Urteil des königlichen Schöffengerichts zu Oberberg vom 26. September 1893 eingelegte Berufung das königliche Landgericht zu Prenzlau in der Sitzung vom 13. Dezember 1894 für Recht erkannt:

daß auf die Berufungen das Urteil des königlichen Schöffengerichts zu Oberberg i. M. vom 26. September 1893 aufzuheben, der Angeklagte des Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung nicht schuldig und deshalb freizusprechen und die Kosten des Verfahrens der Staatskasse aufzuerlegen.

Gründe.

Der Zimmermeister Gauert in Oberberg i. M. sah sich infolge allgemeiner schlechter Geschäftslage etwa im Februar 1893 genötigt, seinen Plagarbeitern im Baugeschäft durch den Polier Siebert verkündigen zu lassen, daß er fortan statt 30 \mathcal{M} nur 27 \mathcal{M} Stundenlohn zahlen könne, beim Eintritt besserer Geschäftszeiten würde der alte Lohn indes wieder bewilligt werden. Siebert will diesen Auftrag genau so ausgerichtet haben, während von den beteiligten Arbeitern übereinstimmend befundet ist, Siebert habe ausdrücklich gesagt: „nach Ostern gebe es wieder den alten Stundenlohn.“

Die Arbeiter des Gauert setzten ihre Arbeit zu dem herabgesetzten Lohn fort in der Erwartung, daß die versprochene Lohnhöhung zu Ostern wieder eintreten würde. Als dies nicht geschah, wurde im Mai 1893 der Arbeitgeber Gauert durch ein Schriftstück, welches einer der Arbeiter übergab, aufgefordert, nunmehr die versprochenen 30 \mathcal{M} Lohn zu geben. Die Arbeiter stützten diese Forderung darauf, daß der Polier zu ihnen nicht von „besseren Zeiten“ gesprochen, sondern direkt gesagt habe: „jetzt bekommt Ihr nur 27 oder 27 $\frac{1}{2}$ \mathcal{M} (pro Stunde), nach Ostern jedoch giebt's wieder den alten Lohn wie früher (30 \mathcal{M}).“

Da der Arbeitgeber ablehnte und erklärte, wem's nicht gefalle, der könne aufhören, so stellte ein davon betroffener Theil der Arbeiter eines Sonnabends — den 13. Mai 1893 — die bisherige Arbeit ein und brachten dies zur Kenntniß des Poliers Siebert mit der Erklärung, sie gingen, weil sie nicht mehr Lohn erhielten.

Der Angeklagte, dem sein Herr das beste Arbeitszeugniß giebt, hatte wegen seiner anerkannten Leistungsfähigkeit bei Gauert eine Ausnahmestellung insofern inne, als ihm niemals ein Abzug gemacht worden, er vielmehr nach wie vor 30 \mathcal{M} und darüber erhalten, auch durch Gauert selbst zu wissen bekommen hatte, daß er mit Rücksicht auf seine Tüchtigkeit keinerlei Lohnabzug zu gewärtigen habe.

Angeklagter, welcher den Umfang der Geschäftstätigkeit seines Prinzipals in der kritischen Zeit seiner Angabe nach wohl zu beurtheilen in der Lage war, gewann angesichts der beschriebenen Vorkommnisse die Ueberzeugung, daß den übrigen Arbeitern der versprochene Lohn verweigert werde, obwohl derselbe nach Ostern schon verdient sei, schloß sich den Anzufriedenen an, und nachdem man in engerem Kreise die zu treffenden Maßnahmen besprochen hatte, ließ sich Angeklagter unter Aufgabe seiner bisherigen Stellung herbei, Namens der benachteiligten Gauert'schen Arbeiter das Insuper in der Dienstadtnummer der „Oberberger Zeitung“ vom 16. Mai 1893, dessen Verfasser zu sein er zugiebt, zu veröffentlichen.

Der erste Richter hat den Inhalt des Insuperats im Sinne des § 153 der Gewerbeordnung für strafbar erachtet, insbesondere auch das Erstreben günstigerer Lohnbedingungen angenommen und demgemäß den Angeklagten zur Strafe verurtheilt. Der Angeklagte beansprucht Straflosgigkeit und hat dieserhalb die Berufung eingelegt, während die königliche Staatsanwaltschaft mittelst desselben Rechtsmittels noch eine höhere Strafe bezieht.

Das Insuperat an sich enthält den Thatbestand des § 153 der Gewerbeordnung, da unter Zugrundelegung der Vorentscheidung des königlichen Kammergerichts vom 9. April 1894 auch Derjenige strafbar ist, der durch eins der im § 153 der Gewerbeordnung bezeichneten Mittel auf einen Arbeitgeber einwirkt, damit dieser einer von Arbeitern behufs Erlangung günstiger Lohnbedingungen getroffenen Verabredung Folge leistet.

Die erfolgte Brandmarkung des Gauert mit der Bezeichnung „Ausbeutertum“ enthält zweifellos eine Ehrverletzung desselben, und die Verhängung der Platzsperre gilt allgemeiner Ansicht nach als Verurtheilung, — hier der Gauert'schen Arbeitsstätte. —

Gleichwohl muß an der Hand der Entstehungsgeschichte dieses Insuperats das Thatbestandsmerkmal der Verabredung zum Behufe der Erlangung günstiger Lohnbedingungen als nicht vorliegend erachtet werden.

Das Ergebnis der Beweisaufnahme läßt zu Gunsten der benachteiligten Arbeiter und des ihre Interessen verfolgenden Angeklagten die Annahme zu, daß die Beteiligten des guten Glaubens gewesen sind, daß ihnen nach Ostern der alte höhere Lohn von 30 \mathcal{M} pro Stunde zustiehe, auch jetzt nach Ostern bereits verdient sei, aber unrechtmäßig verweigert werde. Sie bezweckten also durch ihre Arbeitseinstellung am Sonnabend, den 13. Mai 1893, Erlangung der nach Ostern fällig gewordenen, ihnen zugesicherten und bereits verdienten Lohnforderung, und weil dies wider Erwarten im Wege der Güte unerreichbar blieb, wußten sie durch eine Gesamtarbeitseinstellung das Arbeitsverhältnis.

Dieser Gedankengang prägt sich auch in den beiden ersten Absätzen des betreffenden Insuperats aus und wird hier in nicht mißzuverstehender Weise zum Ausdruck gebracht.

Die streikenden Zimmergesellen machten daher nur von ihrem Rechte gemäß § 124 Ziffer 4 der Gewerbeordnung Gebrauch, so daß § 152 und damit § 153 a. a. O. auf den vorliegenden Fall, weil es an der Verabredung zur Erlangung günstiger Lohn pp. Bedingungen gebricht, nicht Anwendung finden können.

Vergleiche auch die grundlegende Entscheidung des Reichsgerichts in Strafsachen Band XX Seite 396 ff.

Hiernach vermag das Berufungsgericht der Rechtsansicht des ersten Richters, der sich die königliche Staatsanwaltschaft angeschlossen hat, nicht beizutreten; es war daher unter Aufhebung des mit Erfolg angegriffenen Urtheils die Freisprechung des Angeklagten, wie geschah, geboten.

§ 505, 499 der Strafprozessordnung regelt die Kostenlast.

Also über ein Jahr lang mußte der „Kampf um's Recht“ geführt werden. Unser Kamerad veräumte darum M. 20,66 an Arbeitslohn, mußte M. 19,40 verschaffen und für den Rechtsbeistand, ohne den solche Prozesse nun einmal nicht zu führen sind, M. 188,05 zahlen. Wir leben in der That in einem modernen „Rechtsstaat“, der einer Umformung bedarf, — allerdings einer anderen, als durch die Umsturzvorlage bezweckt werden soll, die gegenwärtig den Reichstag beschäftigt?

Berichte.

Utenburg. Am 12. Januar tagte unsere Versammlung. Bevor in die Tagesordnung eingetreten, wurde von verschiedenen Seiten die permanent schwache Beteiligung an den Versammlungen getadelt, was wohl in der schlechten Arbeitskonjunktur zu suchen sein dürfte. Wir fordern unsere Mitglieder hierdurch auf, sich in Zukunft besser an den Versammlungen zu beteiligen; jedes Mitglied hat die Pflicht, Material in die Versammlung hineinzutragen; Jeder trägt selbst die Schuld, wenn nicht jede Versammlung interessant und nach seinem Wunsche verläuft. — Nachdem das Protokoll von der letzten Versammlung verlesen und für richtig befunden, wurden zunächst die Anträge zur Generalversammlung zur Diskussion gestellt und nach längerer Debatte beschlossen, selbige Anträge sammt dem Mandat an den Hauptvorstand einzulenden. Falls aber unser Kandidat F. Maßn nicht gewählt würde, die Anträge sammt Begründung an den Delegirten unserer Wahlabtheilung zu senden. Nachdem noch verschiedene innere Angelegenheiten erörtert und sich Niemand mehr zum Worte meldete, wurde die Versammlung gegen 12 Uhr geschlossen. Nächste Versammlung den 9. Februar, Abends 8 Uhr, im „Löwen“.

Beelit. Am 6. Januar tagte eine gemeinschaftliche Versammlung der Zimmerer und Maurer, die sich mit der Veranstaltung eines Faschnachtsvergügens beschäftigte. Früher wurde dies Vergügen immer vom Gewerk, in dem die Zimmerer und Maurer zusammen organisiert waren, arrangirt. Nachdem aber die Zimmerer und Maurer ihren Verbänden beigetreten sind, sollen diese selbige Vergügen in die Hand nehmen; man hofft, dadurch die Fernstehenden heranzuziehen. Es wurde beschlossen, das Vergügen Montag, den 21. Januar, abzuhalten, und daß Mitglieder 75 \mathcal{M} , Nichtverbandsmitglieder aber M. 1 bezahlen sollen.

Berlin. Am 6. Januar tagte eine gut besuchte Bezirksversammlung für Ostern; Genosse Mattutat sprach in derselben über Arbeitslosigkeit; er führte ungefahr

Folgendes aus: Die Arbeitslosigkeit ist nicht eine Erscheinung der neueren Zeit, sondern wir finden sie schon im Mittelalter. Im 15. Jahrhundert, als die Bauern durch die Feudalherren von Haus und Hof vertrieben wurden, wanderten viele nach den Städten und suchten hier Arbeit. Durch die moderne Technik wurde die Handarbeit in vielen Betrieben überflüssig; jede neue Maschine werfe Tausende von Arbeitern auf die Landstraße. Die Unglücklichen werden nun von der Bourgeoisie als Vagabunden bezeichnet. In der neueren Zeit hat man schon über 400 000 „Vagabunden“ gezählt. Ein Nothstand wird aber trotzdem nicht anerkannt. Der Oberbürgermeister von Berlin warnt jetzt vor Zugzug, da hier in allen Gewerben tausende Arbeiter arbeitslos sind. Die Behörden betrachten die Arbeitslosigkeit aber nur als vorübergehendes Uebel und suchen dasselbe durch Armenunterstützung zu lindern, dabei nehmen sie dem Empfänger aber alle politischen Rechte; sie machen ihn zum Bürger zweiter Klasse. Dr. Losh, ein Nationalökonom der bürgerlichen Gesellschaft, schreibt: Wenn Deutschland auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig bleiben will, muß es die Hausindustrie in Großbetriebe umwandeln. Das bedeutet, 2 $\frac{1}{2}$ Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen brodtlos machen. Dr. Losh rechnet auf die Humanität der Arbeitgeber, daß dieses Dilemma durch Verkürzung der Arbeitszeit ausgeglichen werde. Da aber alle Kulturstaaten Waaren exportiren und Japan und Indien auch als Rivalen auftreten, wird die Zeit nicht sehr fern sein, wo jeder Staat nur noch für sich produziert und nur ein Austausch der Rohstoffe stattfindet und dann sind alle Quacksalber mit ihrem Latein zu Ende. Zum Schluß fordert der Referent die Anwesenden auf, die Organisation zu stärken und die Arbeiter aufzuklären, damit in guter Zeit Vortheile errungen werden können und später nicht wieder verloren gehen. In der Diskussion nahm Kamerad Riedert das Wort; er führte aus, daß in Berlin 5000 Zimmerer anständig sind, von diesen haben im Sommer nur etwa 4300 gearbeitet, 700 waren arbeitslos. Bei 9stündiger Arbeitszeit hätten die hiesigen Zimmerer nicht zugehakt, also müsse man die Arbeitszeit verkürzen. Am Schloßbau haben die Zimmerer 36 Stunden hintereinander arbeiten müssen, am Bußtage 12 Stunden; weil sich Einzelne geweigert haben, sind sie entlassen, nachdem sie wieder eingestellt. Solche Beispiele sollten aber nicht gegeben werden. Dann sprachen noch die Kameraden Böhring, Binger, Grufe und zu einer Berichtigung Kollwitz. Letzterer behauptete, die Zimmerer hätten sich zur Nacht- und Ueberstundenarbeit gedrängt, und als die Bauverwaltung Tag- und Nachtschicht eingeführt, hätten Einzelne die Arbeit Abends liegen lassen, diese wurden entlassen, sie haben später aber wieder angefangen. Im Schlußwort betont der Referent, nicht Alles dem Vorstand zu überlassen, sondern Jeder müsse Agitator sein. Und so wie das Kapital international ist, so sollten sich auch die Arbeiter über die nationale Grenze hinaus vereinigen. Grufe macht bekannt, daß für NO, Klebe, Christbürgerstr. 56 v. III, als Hülfskassirer für die Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer ernannt worden ist.

Boizenburg. Am Sonntag, den 6. Januar, sollte unsere Mitgliederversammlung stattfinden, dieselbe konnte aber, des schwachen Besuchs wegen, die Tagesordnung nicht erledigen; es war weiter Niemand als der Vorsitzende, der Kassirer und ein Mitglied erschienen, das sich anmeldete. Das ist nun eine äußerst betrübende Erscheinung; doppelt traurig, weil die hiesigen Arbeitgeber mit dem Plane umgehen, uns zu zwingen, aus unserer Organisation auszutreten. Ihr Appetit nach Profit hat sich dadurch ganz ungemein gesteigert, daß der Streik der Schiffszimmerer verloren gegangen ist. Haben sie aber erst unsere Organisation gesprengt, dann sind wir ihnen auf Gnade und Ungnade überliefert. Sie kalkuliren nicht schlecht, diese guten Leute und schlechten Rusikanten! Es fragt sich nur, ob unsere Kameraden den Plan zu diesem Schachzuge schon kannten; ist dies der Fall, dann hätten die Arbeitgeber schon gesiegt, ohne überhaupt in Aktion getreten zu sein. So leicht wird sich das Attentat aber doch wohl nicht vollziehen lassen; die Zimmerer in Boizenburg und in der Umgegend werden ihre Menschenwürde noch nicht abgestreift haben, sie werden noch Muth genug besitzen, um zu versuchen, einen recht dicken Strich durch die hübsche Rechnung zu machen. Wenn die Schiffszimmerer unterlagen, dann steht noch nicht fest, daß auch wir Zimmerer unterliegen werden; wir haben alle Ursache, das Gegentheil anzunehmen. Es gehört nur Muth dazu, dann vollbringen wir dasselbe, wie die Kameraden in Grevesmühlen und in Stargard, wo ähnliche Angriffe bekanntlich siegreich abgesehen wurden. Allerdings, die nächsten Versammlungen müssen besser besucht werden, als die oben erwähnte. Unseren Kameraden können wir offen sagen, daß die ungeheure Bummellei sehr viel dazu beiträgt, daß die Arbeitgeber überhaupt auf solche Gedanken kommen. Werden die Versammlungen immer regelmäßig besucht, dann wissen die Arbeitgeber bestimmt, daß sie mit einer geschlossenen Macht zu rechnen haben, sie werden dann zu solchen Plänen garnicht kommen. Und ferner, es ist doch nicht so schlimm, alle Monat einmal zur Versammlung zu kommen. Und sollte das im Sommer der Feldarbeit wegen auch nicht immer möglich sein, jetzt, im Winter, ist es auf alle Fälle möglich. Wir verlassen uns also darauf, daß zu der Versammlung am 3. Februar alle Lokalverbandsmitglieder erscheinen.

Bremen. Am 6. Januar tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung. Auf der Tagesordnung stand: 1. Unser Stiftungsfest. 2. Bericht vom Gewerkschaftskartell. 3. Unser Unterstützungswesen. 4. Anträge zur

Generalversammlung. Der Vorsitzende fragte an, ob wir gewillt seien, ein Stiftungsfest zu veranstalten, und bat er, event. Vorschläge zu machen, wann dasselbe stattfinden soll. Kamerad Windhorst stellt den Antrag, das Fest in der Zeit von Mitte März bis Anfangs April abzuhalten; der Antrag wurde angenommen. Betreffs der nächsten öffentlichen Versammlung bemerkte der Vorsitzende, daß selbige ausfällt, und dafür am 29. Januar eine stattfinden, in der ein Referent aus Gblich referiren würde. Dann berichtete Kamerad Windhorst, daß nächstens eine Arbeitslosenversammlung in der „Bereinschalle“ stattfinden würde, woran sämtliche Arbeitslosen theilnehmen möchten. Ferner möchten die Gewerkschaften dafür Sorge tragen, daß ihr Fachblatt in der „Bereinschalle“ ausliege. Ferner würden vom 1. Februar pro Monat und Mitglied 5 M. Beitrag für das Gewerkschaftskartell erhoben. Zur Regelung des Unterstützungswezens wurde beschlossen, eine dreigliedrige Kommission einzusetzen; gewählt wurden die Kameraden Einsfeld, Deißel und W. Meyer. Zur Generalversammlung wurden folgende Anträge gestellt: Die Reiseunterstützung soll erhöht werden. Der Ausfall an Beiträgen für die Arbeitslosen soll von der Hauptkasse getragen werden. Die Kontrolle soll jedoch den Lokalverbänden verbleiben. Unter „Verschiedenes“ wurde beschlossen, 500 Handzettel, die Einladung zur öffentlichen Versammlung enthaltend, drucken zu lassen und dem „Zimmerer“ beizugeben. Zum Schluß bat der Vorsitzende um recht zahlreiche Theilnahme an der Versammlung, die am 29. Januar, Lieder 30, stattfindet.

Danzig. Am 8. Januar tagte unsere Mitglieder-versammlung. Auf der Tagesordnung stand: 1. Vortrag des Herrn Jochem über „Was ist Egoismus und Besinnlichkeit?“ 2. Wahl eines ersten Vorsitzenden und eines ersten Schriftführers. 3. Bericht vom Provinzialverbandstage. 4. Verschiedenes und Fragekasten. Nachdem das Protokoll der letzten Versammlung verlesen, ertheilte der Vorsitzende dem Referenten Herrn Jochem das Wort. Derselbe hielt einen zirkel einständigen Vortrag, der bei der Versammlung große Anerkennung fand. Dann wurde H. Lohk mit 21 Stimmen zum ersten Vorsitzenden und K. Sellin als erster Schriftführer gewählt. K. Sellin berichtet dann über den Provinzialverbandstag (der Bericht ist an anderer Stelle aufgeführt). Unter „Verschiedenes“ machte der Vorsitzende bekannt, daß ein Brief aus Breslau eingegangen sei, der besage, daß ein Techniker, Namens Hohaupt, aus Danzig hingekommen wäre und 70—80 Zimmerer, Maurer und Arbeiter zu dauernder Beschäftigung nach Danzig suche. Für Zimmerer wären 35 bis 40 M. Stundenlohn zugesichert. Wir wissen ganz genau, welchem Geschäft dieser Techniker abgeschickt ist, und würden bedauern, wenn sich Kameraden herbeilassen ließen. In diesem Geschäft wird ein „Normal“-Stundenlohn von 32 M. gezahlt. Da in Danzig arbeitslose Kameraden genug sind, soll dem betreffenden Zünngemeister ganz energisch entgegengetreten werden. Im Fragekasten fanden sich verschiedene Fragen vor, dieselben wurden erledigt und dann erfolgte Schluß der Versammlung.

Friedland. Am 6. Januar tagte unsere regelmäßige Mitglieder-versammlung, in der zunächst die Beiträge erhoben und dann Kamerad Lehenhagen als Kandidat zur Generalversammlung aufgestellt wurde. Nachdem erstattete der Kassirer Bericht. Nach diesem wurden unsere hiesigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse einer Besprechung unterzogen. Alle Redner sprachen sich dahin aus, daß die Arbeitszeit verkürzt werden müsse und auch sehr gut verkürzt werden könnte, daß Zimmergewerbe würde darunter nicht leiden, sondern im Gegentheil, dasselbe würde dadurch nur gewinnen. Kamerad Lehenhagen verlas und erläuterte dann noch einen Artikel aus dem „Zimmerer“, was alle Anwesenden mit großem Interesse verfolgten. Kamerad Lehenhagen erntete dafür lebhaften Beifall. Nachdem sich noch mehrere Kameraden in den Verband hatten aufnehmen lassen, wurde zum Schluß der Versammlung unser Verbandslied gesungen.

Gera. Am 8. Januar hielt der hiesige Lokalverband seine regelmäßige Monatsversammlung ab. Nachdem die Beiträge erhoben waren, verlas der Vorsitzende einige eingegangene Briefe. Alsdann wurde die Wahl eines Kandidaten zur Generalversammlung vorgenommen. Kamerad Krietsch wurde gewählt. Anträge zur Generalversammlung sollen auf Antrag des Kameraden Peterhäufel in der nächsten Versammlung beraten werden. Die Abhaltung eines Gesellschaftsabendes war schon öfter angeregt worden, darum fragte der Vorsitzende an, wie die Versammlung darüber denkt. Kamerad Krietsch erkundigte sich nach dem Bestande der Vergnügungskasse, da aber Kamerad Höbel, der diese Kasse führt, nicht anwesend war, wurde beschlossen, denselben nächsten Sonntag zur Vorstandssitzung mit einzuladen. Es wurde beschlossen, den Gesellschaftsabend Sonntag, den 20. Januar, in Becker's Restaurant, Waldstraße, zu veranstalten. Unter „Verschiedenes“ stellt Kamerad Theilig den Antrag, für die Familien der inhaftirten Redakteure der „Neuß-Tribüne“ M. 3 aus der Lokalkasse zu bewilligen, was auch einstimmig angenommen wurde. Zum Schluß sprachen sich noch mehrere Kameraden über den schlechten Versammlungsbesuch aus. Dies ist auch am Plage, denn es ist uns selten möglich, eine Versammlung abzuhalten, weil in den meisten Versammlungen kaum 5 bis 6 Mann anwesend sind. Es thut bald noth, man bestelle einen Droschkentischer, um die Kameraden zusammenzuführen. Sogar diejenigen, die in der Nähe der Versammlungsorte wohnen, scheinen ein solches Bedürfnis zu haben. Kameraden, diese Bummelzeit muß nun endlich aufhören, die Versammlungen müssen besser besucht werden als zu Anfang dieses Jahres.

Hamburg. Der hiesige Lokalverband hielt seine letzte Mitglieder-versammlung am 8. Januar im „Engl.

Tivoli“ ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung spricht der Vorsitzende den Mitgliedern die besten Glückwünsche zum neuen Jahr aus, besonders den schwierigen Standpunkt des Lokalverbandes in Bezug der Bestreitung der Arbeitslosen vom Beitrag hervorhebend. Es müsse deshalb auch jeder Arbeitslose Agitator für unseren Verband sein. Alsdann erstatten Böttcher und Bringmann den Bericht vom Gewerkschaftskartell, aus welchem besonders hervorgehoben ist, daß die Sammlung zum 1. Mai 1894 der Kartellkasse einen Ueberschuß von M. 1507,04 geliefert hat. Währenddem für die Gewerkschaften eine Einnahme von M. 4638,50 erzielt wurde. Ferner sei vom Kartell der Beschluß gefaßt, die Errichtung einer Zentralherberge in die Hand zu nehmen. Die nöthigen Vorarbeiten hierzu sind einer besonderen Kommission überwiesen. Des Weiteren soll ein Arbeitersekretariat gegründet und ein Werk, welches die Geschichte der Gewerkschaftsbewegung in Hamburg seit 1885 behandelt, herausgegeben werden. In der sich an den Bericht anschließenden sehr lebhaften Diskussion sprechen fast alle Redner gegen die vom Kartell gefaßten Beschlüsse und gelangen nachstehende Resolutionen zur einstimmigen Annahme: „1. Die Delegirten zum Gewerkschaftskartell werden beauftragt, den Antrag einzubringen, eine spezifizierte Abrechnung, betreffend die Monatsabrechnung, zu verlangen. 2. Der Verband deutscher Zimmerleute, Lokalverband Hamburg, nimmt Kenntniß von dem Beschluß des Gewerkschaftskartells bezüglich Errichtung einer Zentralherberge, erwartet aber, daß den Gewerkschaften nunmehr ein ausführliches Projekt mit Kostenanschlag zur endgültigen Beschlußfassung vorgelegt wird.“ Bei der Neuwahl der Delegirten zum Kartell werden gewählt: Kömer, Bringmann und Böttcher. Pagel giebt dann bekannt, daß er der vielen Verdächtigungen und Verleumdungen wegen Hr. Schulz verläßt habe und dieser dann schließlich zu M. 50 Strafe und in die Kosten verurtheilt sei. Zum dritten Punkt berichtet Höflich, daß der Vorstand beabsichtige, die Thürkontrolle selbst zu übernehmen. Die Versammlung erklärt sich hiermit einverstanden. Unser Stiftungsfest findet am Sonnabend, den 19. Januar, statt und erucht der Vorsitzende um rechte rege Theilnahme, da uns vom Wirth recht günstige Bedingungen gestellt sind. Alsdann wird noch ersucht, alle Anträge zur Generalversammlung vorher schriftlich beim Vorsitzenden einzureichen. Die nächste Versammlung soll am Dienstag, den 22. Januar, stattfinden. Hierauf Schluß der gut besuchten Versammlung.

Karlruhe. Am 6. Januar fand unsere regelmäßige Mitglieder-versammlung statt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Wahl eines Schriftführers. 2. Wahl zweier Delegirten zum Kartell. 3. Wahl eines Revisors und Verschiedenes. Nachdem die Beiträge erhoben und das Protokoll der letzten Versammlung verlesen war, wurde zur Tagesordnung übergegangen. Der Vorsitzende machte bekannt, daß der seitherige Schriftführer sein Amt niedergelegt habe, weil er anderweitig beschäftigt und nicht mehr in der Lage ist, diesen Posten zu versehen. Es wurde sodann Kamerad Barth einstimmig als Schriftführer gewählt. Zum zweiten Punkt machte der Vorsitzende darauf aufmerksam, daß bei den Wahlen etwas Vorsicht nöthig sei, damit nur solche Mitglieder gewählt werden, die auch im Stande sind, unsere Gewerkschaft zu vertreten. Als Delegirte zum Gewerkschaftskartell wurden Barth und Böhlinger gewählt. Da der eine Revisor abgereist ist, wurde an dessen Stelle Kamerad Konstantin gewählt. Unter „Verschiedenes“ wurde hervorgehoben, daß mit der Zustellung des „Zimmerer“ an die Mitglieder eine Uenderung geschaffen werden müsse. Nach kurzer Debatte wurde Kamerad Barth mit der Kasporkasse betraut und beschlossen, daß derselbe pro Quartal M. 3 aus der Lokalkasse erhält. Der Vorsitzende machte noch bekannt, daß die nächste Versammlung am 20. Januar stattfindet, in derselben soll die Kandidatenwahl vorgenommen und Anträge zur Generalversammlung gestellt werden; er ermahnt die Kameraden, vollzählig zu erscheinen. Hierauf Schluß der gut besuchten Versammlung.

München. Am 6. Januar fand unsere regelmäßige Monatsversammlung statt. Nach Verlesen des Protokolls wurde zur Wahl eines Kandidaten zur Generalversammlung übergegangen. Die Wahl wurde mittelst Stimmzettel vorgenommen und wurde Kamerad Braun mit 41 Stimmen gewählt. Die Versammlung befürwortete einen Antrag, wonach der Delegirte in den Lokalverbänden, innerhalb seiner Wahlabtheilung, mündlichen Bericht erstatte, da angenommen wird, daß der Bericht ein wichtiges Agitationsmittel bildet. Jedoch müsse die Hauptkasse die Kosten tragen, anderenfalls müßte man die Lokalverbände leistungsfähiger machen. Ein Antrag, wonach Kamerad Kuhlmann in seine alten Rechte eingesetzt werde, wurde einstimmig angenommen. Der Vorsitzende fordert dann die Kameraden auf, in der nächsten Monatsversammlung zahlreich zu erscheinen, in derselben wird Genosse Dachsl einen Vortrag halten. Hierauf Schluß der ziemlich gut besuchten Versammlung.

Münster. Am Sonnabend, den 5. Januar, tagte unsere regelmäßige Mitglieder-versammlung. Es wurde die Wahl eines Kandidaten zur Generalversammlung vorgenommen. Kamerad Wespermann wurde gewählt und beauftragt, sich mit den Lokalverbänden in Minden und Bielefeld in Verbindung zu setzen. Ferner wurde für den ausgeschiedenen Revisor Kamerad Gröschel und für den ausgeschiedenen 2. Kassirer Kamerad Wegener gewählt. Der Vorsitzende, Kamerad Wespermann, theilte den Mitgliedern mit, am 20. Januar fände eine öffentliche Zimmererverversammlung statt, zu welcher Kamerad Ede aus Gblich das Referat übernommen habe; er bat die Mitglieder, so viel wie möglich, die uns noch fernstehenden Kameraden heranzubringen, damit diese endlich

sich in unsere Reihen aufnehmen lassen und mit uns gegen die heutigen Lohn- und Arbeitsbedingungen kämpfen. Unser Kasporkasse wollte sein Amt niederlegen, weil die Kameraden nicht pünktlich bezahlten. Da dies der Fall ist, wurde beschlossen, beim Beiträgerheben das Kasporkassengeld mit zu erheben und die Kontrolle hierüber durch Karten à 10 M. zu bewerkstelligen.

Schwarzenbek. Am 6. Januar tagte unsere regelmäßige Versammlung, die leider nur schwach besucht war. Neben Erledigung der regelmäßigen Geschäfte wurde von der Versammlung H. Schmidt als Kandidat zur Generalversammlung aufgestellt.

Schwartau. Am Sonntag, den 6. Januar, hielt der hiesige Lokalverband seine regelmäßige Mitglieder-versammlung ab. Zum ersten Punkt der Tagesordnung verlas der Kassirer die Abrechnung vom vierten Quartal, die für richtig befunden und dem Kassirer deshalb Decharge ertheilt wurde. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung, Wahl eines Kandidaten zur Generalversammlung und Anträge zu derselben, wurde Kamerad Barley mit 10 Stimmen gewählt. Dann wurde beschlossen, zu beantragen, daß das Markensystem abgeschafft und dafür wieder Stempel eingeführt werden. Ferner soll beantragt werden, dem Fachorgan eine fachtechnische Beilage beizugeben. Dann wurde der neue Lohn- und Arbeitsvertrag, der von sämtlichen hiesigen Zimmer- und Maurermeistern unterschrieben ist, vom Vorsitzenden verlesen und dann beschlossen, denselben sobald wie möglich in Druck zu geben. Die Gutiner Gewerkschaften haben uns durch ein Schreiben kund gethan, daß sie die Gründung eines Gewerbegerichts beabsichtigen. Hierauf wurde beschlossen, eine Kommission zu wählen, die die Sache mit in die Hand nehmen soll. Gewählt wurden die Kameraden Westfäling, Barley und Tamm. Zum fünften Punkt der Tagesordnung: Fragekasten und Verschiedenes. Fragekasten war leer. Im „Verschiedenes“ wurde von mehreren Maurern, die in der Versammlung anwesend waren, die Anfrage gestellt, ob es nicht möglich wäre, daß der Maurerverband von Schwartau zu dem der Zimmerer übertrete. Darüber wurde lange diskutiert und darauf beschlossen, die Maurer mit in den Zimmererverband aufzunehmen. Hierauf Schluß der Versammlung.

Tangermünde. Am 5. Januar tagte unsere regelmäßige Versammlung, in der zunächst das Protokoll der letzten Versammlung verlesen wurde. Dann erhob der Kassirer die Beiträge, wobei er die Versammlung auf ein säumiges Mitglied, welches schon drei Monate seinen Beitrag verweigert, aufmerksam machte. Troßdem der Kamerad vom Kassirer schon mehrmals daran erinnert ist, hat er noch nicht bezahlt. Es wurde beschlossen, den Kameraden nochmals schriftlich durch den Schriftführer an seine Pflicht zu erinnern. Sollte er derselben jedoch nicht nachkommen, dann soll der Kassirer den Hauptvorstand davon in Kenntniß setzen. Im Fragekasten befand sich eine Frage, die das Sandgeld betraf; es wurde beschlossen, dieses wie früher zu beanspruchen. Darnach wurde einem reisenden Kameraden aus der Lokalkasse soviel bewilligt, daß er seine Stiefel besohlen lassen kann, worauf Schluß der Versammlung erfolgte.

Protokoll vom zweiten Provinzial-Verbandstage in Ost- und Westpreußen.

Abgehalten am 28. Dezember 1894 in Elbing.

Der Vorsitzende des Elbinger Lokalverbandes, Kamerad Fabert, eröffnete den Verbandstag Vormittags 10^{1/4} Uhr und schlug vor, zur Leitung der Verhandlungen ein Bureau zu wählen, was auch geschah. Gewählt wurden: Sellin-Danzig zum ersten, Mikuszinski-Thorn zum zweiten Vorsitzenden und Fabert-Elbing zum Schriftführer. Auf der Tagesordnung stand:

1. Mandatsprüfung. 2. Bericht der Delegirten über die Lage der Zimmerer an den verschiedenen Orten. 3. Anträge der Delegirten. 4. Agitation.

Die Prüfung der Mandate ergab die Anwesenheit folgender Delegirten:

Aus Bromberg Kamerad B. Petrikowski; aus Danzig E. Sellin und F. Rabitzki; aus Dirschau F. Marohn; aus Elbing C. Weber, A. Niemer und J. Fabert; aus Königsberg Wolter; aus Marienburg Ebert; aus Schneidemühl C. Fröbe; aus Thorn G. Mikuszinski.

Der Hauptvorstand war durch F. Schrader vertreten. Kamerad Sellin-Danzig berichtete zunächst über die Vorarbeiten zum Verbandstage. Von Danzig aus sei fast nach allen Orten in Ost- und Westpreußen, sowie auch nach den benachbarten Orten in Pommern und Posen, überhaupt nach allen Orten sei geschrieben worden, von denen Adressen bekannt waren. Die Schreiben bestanden in einer Aufforderung, daß die Kameraden den Verbandstag bescheiden möchten. Vielfach ging ablehnender Bescheid ein und zum Theil antworteten die Kameraden überhaupt nicht. Die Kameraden in einigen Orten, wie in Soltau und Schneef, hatten zwar zugesagt, sie haben jedoch keinen Delegirten gesandt. Veranlassung zur Abhaltung des Verbandstages gab der Danziger Streik, auch gab uns der verlorengegangene Streik in Elbing 1890 eine Lehre. Kamerad Sellin spricht die Erwartung aus, daß die Verhandlungen dazu beitragen werden, eine engere Verbindung der Zimmerer in den östlichen Provinzen herzustellen.

Ebert-Marienburg berichtet, daß der dortige Lokalverband zu Grunde gegangen sei, die Verhältnisse wären äußerst traurige, er hofft aber, daß sich die Marienburger Kameraden dem Verbandsverband wieder anschließen werden.

Mikuszinski-Thorn fragt, warum der Verbandstag nicht, wie beabsichtigt, nach Danzig einberufen

fei, worauf **Rabizki** Danzig berichtet, daß in Danzig seit kurzer Zeit eine Polizeiverordnung bestünde, nach der in Versammlungsräumen, in denen von Konsumvereinen zc. geistige Getränke verabsolgt werden; für jede Person 1 qm Bodenfläche und 10 cbm Luftraum vorhanden sein müssen. Hierdurch sei das Danziger Versammlungslokal, welches bisher 200 Personen faßte, verurtheilt, nur 50 Personen aufzunehmen. Es sei zu befürchten gewesen, daß bei den Verhandlungen mehr Personen teilnehmen würden und das hätte der Polizei eventuell zur Auflösung Veranlassung gegeben. Die Saalabtreiber sei in Danzig an der Tagesordnung; des Weiteren wäre die geographische Lage Elbings bestimmend gewesen.

Schrader Hamburg theilt mit, daß Kamerad **Ede** in Bröltz seine Kräfte dem Verbandstage überfende. **Schrader** führt ferner aus, daß bereits vor 5 Jahren ein Provinzialverbandstag für Ost- und Westpreußen stattgefunden habe, zu dem aus 14 Städten 16 Delegirte entsandt waren. Bald darauf seien eine Anzahl Lokalverbände entstanden, bei den Lohnkämpfen 1890 sind aber die meisten wieder eingezogen. Er beleuchtet ferner die Verhältnisse in den verschiedenen Orten, sowie die Geschichte der Zimmererbewegung, die darauf hinweise, daß unsere Organisation ausgebreitet werden müsse.

Petrifowski Bromberg hebt die Schwierigkeiten hervor, die bei der Agitation in den östlichen Provinzen bestehen. Im Westen sei die Aufklärung der Kameraden und die Bildung der Organisationen doch leichter zu bewerkstelligen. In Ost- und Westpreußen bestehen vielfach noch die alten Zunftorganisationen, die der modernen Bewegung Schwierigkeiten bereiten. In Bromberg spielt auch die Lokalfrage eine große Rolle.

Mikuszinski Thorn theilt mit, daß dort in Hinsicht der Lokalfrage alle bestehenden modernen Arbeiterorganisationen gemeinschaftlich handeln, daß alle organisierten Arbeiter ausschließlich nur bei den betreffenden Wirtsen verkehren, die ihr Lokal den Organisationen zur Verfügung stellen, womit in Thorn ganz gute Resultate erzielt wurden. Auch empfiehlt er, daß die Organisationen sich gegenseitig mit Rednern unterstützen.

Wolter Königsberg berichtet, daß die dortige Zunftorganisation gewissermaßen nur eine Sterbeunterstützungskasse sei. Die Versammlungen werden auf der Herberge, die der Zunftorganisation gehört, abgehalten. Die großen Meister sind nicht so schlimme Lohnrücker als die kleinen Bauunternehmer. Letztere drücken die Löhne infolge der Schuld Konkurrenz, die sie betreiben; sie schädigen uns dann noch obendrein, indem sie viele Hilfsarbeiter beschäftigen, die dann Zimmerarbeit verrichten müssen.

Ebert Marienburg berichtet, daß ein Meister jetzt Zimmerer für 14 $\frac{1}{2}$ die Stunde sucht und es sei kaum daran zu zweifeln, daß er solche findet; weil die Organisation fehlt, erlauben sich die Meister Alles.

Marohn Dirschau berichtet, daß dort das Gewerk und der Verband einig sind.

Fröbe Schneidemühl ist vom Gewerk delegirt. Der durchschnittliche Tagelohn betrage in Schneidemühl M. 2,80—3,50 für elfstündige Arbeitszeit; im Winter wird von Vormittag 7 bis Nachmittags 4 Uhr gearbeitet und M. 1,80—2 Lohn gezahlt. Er verspricht, für die Gründung eines Lokalverbandes in Schneidemühl zu wirken.

Fabert Elbing berichtet, daß hier durch den Streik 1890 zwischen dem Verband und dem Gewerk ein Zwiespalt entstanden sei. Der Verband ist damals zu Grunde gegangen, jetzt ist derselbe wieder im Zunehmen begriffen; das Gewerk verliere zusehends an Einfluß, weil dasselbe die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht bewerkstelligen kann. Gegenwärtig befinden sich auf den Plätzen der Innungsmeister Platate, auf denen zu lesen ist, daß Verbandsgegessen von der Arbeit ausgeschlossen sind, das beweise, wie notwendig der Verband ist. Hiermit schließt die Berichterstattung der Delegirten. Auf Antrag des Kameraden **Schrader** wird der dritte und der vierte Punkt der Tagesordnung zusammen verhandelt.

Petrifowski Bromberg spricht für eine gemeinschaftliche Agitation in Ost- und Westpreußen.

Sellin Danzig beantragt, in drei verschiedenen Städten haben die Lokalverbände je eine Kommission zu wählen, die dann die Agitation betreiben sollen.

Petrifowski Bromberg beantragt, als Agitationsbeiträge pro Kopf und Quartal 10 $\frac{1}{2}$ festzusetzen. **Schrader** Hamburg verweist auf die vom Hauptvorstande ausgearbeitete Statistik und beantwortet den Antrag **Sellin** und empfiehlt freiwillige Beiträge. Bromberg könne sich sehr wohl an der Agitation in Ost- und Westpreußen beteiligen; übrigens würde Geld zur Agitation auch aus der Hauptkasse geleistet, wenn Aussicht vorhanden ist, daß damit der Zweck erzielt wird.

Fabert Elbing beantragt, keine besonderen Kommissionen zu wählen, sondern die Agitationskommissionen der Gewerkschaften Deutschlands zu unterstützen, damit diese mehr leisten können.

Schrader und **Rabizki** sind für Kommissionen, die speziell unsere Agitation betreiben.

Rabizki Danzig beantragt, daß in zwei ostpreussischen und in zwei westpreussischen Städten solche Kommissionen gegründet werden, die stets miteinander in Schriftwechsel bleiben.

Mikuszinski Thorn hofft, daß alle organisierten Städte nicht allein in Schriftwechsel bleiben, sondern auch für die Organisation agitieren.

Schrader Hamburg legt den Schwerpunkt einer Kommission in die Agitation, und nicht allein in das Sammeln von Adressen. Dieselbe müsse auch bei Lohnbewegungen thätig sein.

Sellin Danzig stellt den Antrag: „In Königsberg, Danzig und Thorn werden Kommissionen gebildet.“ Dieser Antrag wird mit 10 Stimmen angenommen.

Schrader Hamburg hält es für gut, Gelder nur an eine der Kommissionen zu senden. Dieselbe müsse dann die Sache regeln. Es wird darauf als Sammelstelle Danzig gewählt. Der Antrag Danzig und Thorn: „Die Ausbringung der Beiträge wird den Lokalverbänden überlassen“, wird mit einem Zusatzantrage von **Schrader**: „Die Beiträge sollen pro Kopf und Quartal 5 $\frac{1}{2}$ betragen“, zur Diskussion gestellt.

Rabizki Danzig hofft, daß neben den freiwilligen Beiträgen und den Beiträgen der Lokalverbände, auch Gelder aus der Hauptkasse kommen werden.

Wolter Königsberg beantragt, als Agitationsbeitrag pro Kopf und Quartal 5 $\frac{1}{2}$ festzusetzen, worauf **Fabert** Elbing bemerkt, daß man dann bei fünf-hundert Mitgliedern, für alle drei Kommissionen nur M. 25 pro Quartal einbekommen würde. Das würde aber nicht ausreichen. Deshalb ist er für freiwillige Beiträge.

Wolter Königsberg zieht darauf seinen Antrag wieder zurück. Nach längerer lebhafter Debatte stellt **Fabert** Elbing den Antrag, über den Antrag **Petrifowski**, sowie den Zusatzantrag **Schrader** zur Tagesordnung überzugehen. Da jedoch die Meinungen getheilt waren, welcher Antrag der Weitergehendste ist, wurde zuerst über sämtliche vorhergehende Anträge abgestimmt. Der Antrag **Schrader** wurde mit 5 gegen 4 Stimmen abgelehnt. Desgleichen auch Antrag **Petrifowski**.

Der Antrag **Sellin** Danzig und **Fabert** Elbing, daß die Beiträge freiwillig und den Lokalverbänden die Art der Einziehung überlassen bleibt, wird mit 7 Stimmen angenommen.

Nach einer Pause von 20 Minuten nehmen die Verhandlungen um 6 $\frac{1}{4}$ Uhr Abends ihren Fortgang.

Zu einer Anfrage von **Fabert**, „Wie stellt sich der Verbandstag zu den Zentralherbergen resp. zu einem Zentralarbeitsnachweis?“ äußert sich **Sellin** Danzig dahin, daß Beides in Danzig undurchführbar wäre, über Ersteres wäre jedoch eine Diskussion nothwendig.

Schrader Hamburg hält die Errichtung von Zentralherbergen wegen der damit verknüpften großen Kosten für undurchführbar; der Zentralarbeitsnachweis wäre sehr gut, aber so lange die Verwaltung nicht in den Händen der Arbeiter ist und die Arme der Arbeitslosen stetig vermehrt wird, kann bei eventuellen Streiks der Arbeitsnachweis für uns nur Schaden bringen. Der Verbandstag hält die Sache dann für erledigt.

Auf eine weitere Anfrage von **Fabert**: „Wie bewährt sich das Markenystem im Verbands“, erwidert **Mikuszinski** Thorn, daß sich dasselbe in Thorn sehr gut bewähre.

Fabert Elbing schildert dann verschiedene Mißstände des Markenystems.

Wolter Königsberg theilt mit, daß in Königsberg die Beiträge von einer Frau eingezogen werden, die dabei die Bücher stempelt. Nachträglich klebt dann der Kassirer die Marken ein.

Schrader Hamburg hält, trotz kleiner Mißstände, die mit der Zeit aber vollständig verschwinden, das Markenystem für das Beste.

Nachdem noch mehrere Redner für das System gesprochen hatten, erklärte sich auch **Fabert** damit einverstanden.

Beschlossen wurde noch, den nächsten Verbandstag in Danzig abzuhalten, die Zeit jedoch den Kommissionen zu überlassen. Dieselben können, falls besondere Umstände eintreten, die es nothwendig machen, den Verbandstag nach einer anderen Stadt einberufen.

Mit einem dreimaligen Hoch auf den Verband, wurde in später Abendstunde der Verbandstag geschlossen. Für die Richtigkeit des Protokolls

J. Fabert, Schriftführer.

Baugewerbliches.

Berichte über das Baugewerbe im Jahre 1894 schwirren wie Brummfliegen umher. Dieselben haben aber nur wenig oder auch gar keinen Werth. Man darf aber nicht vergessen, daß sich die kapitalistische Wirtschaftsweise aus lauter Geschäft zusammensetzt. Das Berichterstatten ist also auch ein Geschäft und dient Geschäftigen. Um einen Jahresbericht auf seine Richtigkeit zu prüfen, müßte man jedesmal wissen, mit welchem oder aber mit was für Geschäftigen der Berichterstatter zusammenhängt; nicht selten ist er nämlich Agent solcher Geschäftigen, die ein Interesse daran haben, daß das Gegentheil der Wahrheit für baare Münze angepriesen wird. Solche Berichte bilden dann ungefähr dasselbe, als das Leuchtfeuer der Strandbäuer im Mittelalter. Thatsache ist, daß die Grundbedingungen der kapitalistischen Bauweise, die in fast allen Großstädten Deutschlands herrscht, sich im Jahre 1894 noch wesentlich verschlechtert haben. Die Bauplätze oder der Baugrund ist noch weiter belastet. Bei der allgemeinen Schwinderei suchten immer größere Kapitalien Anlage in Grund und Boden und treiben so wiederum zum Bauchwandel. Denn obgleich die Wohnungspreise kaum merklich gesunken sind, gehört das fortwährende Steigen der Wohnungsmiethe zur kapitalistischen Bauweise, und wenn die Steigerung nicht stattfindet, so daß die ganz neubauten Wohnungen eine viel begehrte Waare bilden, dann geht das Baugeschäft schleppend, dann rentirt nur noch der Schwindel. Mit diesem werden wir in der nächsten Bauaison noch mehr zu rechnen haben als im Vorjahre.

Staats- und Kommunalbauten! Was für ein Lärm, wenn in einer Großstadt eine Kirche oder ein Schulgebäude, ein Postgebäude oder sonst ein anderes öffent-

liches Gebäude aufgeführt werden soll. Das Alles spielt in einer Großstadt gar keine Rolle. So etwas ist nur für die Innungsmeister erwähnenswerth, weil einige von ihnen dabei ihren Reiback machen. Charakteristisch ist nur, daß man, trotzdem meistens nur Innungsmeister zugelassen werden, die pathetische Klage wie z. B. aus Hamburg hört: „Bei Vergebung von Staats- oder Privatbauten in Submision zeigten sich sehr große Differenzen in den Angeboten und wurden oft Arbeiten zu Preisen vergeben, bei denen von einem nutzbringenden Geschäft nicht mehr die Rede sein konnte.“

An kleinen Orten mag die Bauhätigkeit etwas besser gewesen sein und dieselbe wird voraussichtlich auch in der nächsten Bauaison besser werden als in Großstädten. Es ist ja klar, das Baumaterial ist im Preise ungeheuer gesunken, Kapitalien suchen Anlage und das Bedürfnis nach Bauten ist in sehr vielen kleinen Orten sehr groß. Aber auch bei der stötesten Bauhätigkeit können die Bauhandwerker verhungern, wenn sie sich nicht aufraffen und sich unserer Organisation nicht anschließen!

Die bisherigen Kosten des neuen Reichstags-Baus belaufen sich auf za. M. 22 687 000. Sie vertheilen sich folgendermaßen:

1. Eigentliche Baukosten.

| | | |
|--------------------------------------|----|------------|
| Fundamente und Kellergeschos | M. | 852 000 |
| Hohbau- und Werksteinarbeiten | " | 11 576 000 |
| Decorative Arb. a. d. Glashaube | " | 269 000 |
| Innere Ausbauten | " | 6 625 000 |
| Heizungs- und Lüftungsanlage | " | 965 000 |
| Kesselhaus | " | 163 000 |
| Wasserversorgung und Entwässerung | " | 152 000 |
| Rampen, Lichtgräben und Bürgersteige | " | 498 000 |
| | M. | 21 100 000 |

2. Kosten der inneren Ausstattung.

| | | |
|-------------------------|----|-----------|
| Möblirung | M. | 600 000 |
| Beleuchtungsgegenstände | " | 400 000 |
| Teppiche, Vorhänge usw. | " | 275 000 |
| | M. | 1 275 000 |

3. Kosten der selbstständigen Kunstwerke.

| | | |
|--|----|---------|
| Gruppe der Germania auf dem westlichen Mittelbau | M. | 95 000 |
| Reiterfiguren neben dem östlichen Mittelbau | " | 60 000 |
| Gruppen über den Portalen der Seitenfronten | " | 60 000 |
| 4 Sphinx-Figuren in der großen Wandelhalle | " | 50 000 |
| Deckenmalerei im Langsaale der Restauration | " | 37 000 |
| Friesen: Ierei im Zeitungs-Lesesaale | " | 10 000 |
| | M. | 312 000 |

Vom modernen Bauwesen. In Charlottenburg machen sich die Vorläufer eines „Bauwachs“ bemerkbar. In diesem Monat sind 24 Zwangsversteigerungen von Grundstücken angesetzt, gegen 21 am Amtsgericht II und 41 am Amtsgericht I Berlin. Der Unterschied ist in die Augen springend: 62 Zwangsversteigerungen finden in Berlin mit den übrigen Vororten statt, 24 dagegen in Charlottenburg mit einer ungefähr 25 Mal schwächeren Bevölkerung. Die Subhastationen finden fast ausschließlich im „neuen“ Charlottenburg statt.

Bauhätigkeit in Leipzig. Nach der offiziellen Statistik sind in Leipzig 1894 Konzessionen erteilt worden: Zu 535 Neubauten mit 1901 Wohnungen und 366 gewerblichen Anlagen gegen 607 Neubauten mit 1953 Wohnungen und 306 gewerblichen Anlagen 1893.

Sozialpolitisches.

Der Umsturz vor dem Reichstage! Fünf Tage hat die Redebacht: „Für oder gegen den Umsturz“ gewüthet. Und es hat sich befähigt, was aus der Umsturzvorlage von vornherein herausguckte: Wir stehen unter dem Reich des Umsturzes! Wohlverstandene — unter dem Zeichen des Umsturzes von oben!

„Für Religion, Sitte und Ordnung“ ziehen die Rückwärtsler nur angeblich in's Feld, das haben sie mit einer geradezu verblüffenden Naivität dargethan; ihr Streben geht dahin, aus Deutschland zunächst ein Zuchthaus im vollsten Sinne des Wortes zu machen, in dem die oberen Zehntausend und ihre Kreaturen, die Aufseher, das gemeine Volk aber die Züchtlinge bilden soll.

Charakteristisch ist, was der „Abgeordnete“ Stumm ausführte, der bekanntlich stets nur durch sein Nachtgebot Reichstagsabgeordneter wird. Nach ihm ist die Vorlage nur das Minimum dessen, was die oberen Zehntausend, deren Fürsprecher er ist, verlangen. Nach deren Meinung hilft nur ein strenges, durchgreifendes Gesetz, welches lautet:

§ 1. Den Sozialdemokraten und Anarchisten wird das aktive und passive Wahlrecht entzogen.

§ 2. Die Agitatoren werden ausgewiesen. Daneben soll dann noch die Gewerkschaftsbewegung vernichtet werden! „Die Arbeiter müssen noch viel mehr geschützt werden“, meint Stumm, „es ist zu bebauern, daß die Regierung — die schon umgefärrt ist — nicht genug Energie besaß, den § 153 (Bestrafung des Kontraktbruches, wie derselbe 1890 geplant wurde) durchzuführen.“ Ebenso sollen alle Professoren, die mit der Sozialdemokratie und mit der Revolution, d. h. deutlicher mit den Arbeitern, kokettiren, gemahregelt und die evangelische Geistlichkeit soll zur Stumm'schen Vernunft gebracht werden. Das Gebahren solcher evangelischer Geistlicher — die „Christlich-Sozialen“ sind gemeint — ist (nach Stumm) viel gefährlicher als das der Reichssozialisten.“ Sogar die christlich-sozialen Arbeitervereine sollen verschwinden; sie werden nach Stumm „von sozialistischen Ideen durchtränkt und marschiren direkt in das Lager der Sozial-

demokratie." Aber auch Theaterstücke und vieles Andere sollen in die Hölle des Teufels verbannt werden. Es wurde dem Reichstage also ganz offen gesagt, daß er einen Umsturz im großen Stil zu besorgen hat!

Diesem Programme stimmten die konservative und auch die nationalliberale Partei so gut wie bedingungslos zu. Die übrigen „bürgerlichen“ Parteien möchten der Kulturbewegung ebenfalls Halt gebieten, die meisten verwerfen die Knebelung der Arbeiter durch Gesetze, „nicht grundsätzlich“, aber die Durchführung des obigen Programms, muß auch sie vom Boden fortfehlen! Diesem Dilemma entsprechend, spielten sie eine klägliche Rolle. Diesen Parteien kam es hauptsächlich darauf an, mit dieser Spottgeburt, der Vorlage, aus dem Plenum fort, hinter die Kulissen zu kommen. Sie verlangten, daß die Vorlage einer Kommission überwiesen werden solle, was denn auch geschah ist. Damit der Kuhhandel hinter den Kulissen nicht gar so leicht zum Abschluß gebracht wird, sind von Seiten der sozialdemokratischen Partei die Genossen Auer, Bebel und Frohme in die Kommission entsandt worden!

Ein neues Vereinsgesetz für den preussischen Staat soll der „Voss. Ztg.“ zufolge dem preussischen Landtage, und zwar zuerst dem Herrenhause, in der kommenden Session vorgelegt werden. Das jetzige preussische Vereinsgesetz stammt aus der Zeit der Otkrohrung und des Belagerungszustandes von 1849. Der neue Entwurf enthält, wie die „Freis. Ztg.“ bemerkt, offenbar so viel weitere Beschränkungen der Vereins- und Versammlungsfreiheit, daß bei einer Vorlage eines entsprechenden Reichsgesetzes von vornherein im Reichstag eine Mehrheit nicht zu erwarten ist. Deshalb wendet man sich an das Herrenhaus und die Kartellmehrheit des preussischen Abgeordnetenhauses. Auf diese Weise werden demnächst Umsturzdebatten auch im preussischen Landtage stattfinden.

Dazu bemerkt der „Vorwärts“: Wir haben schon vor Monaten darauf hingewiesen, daß dem preussischen Landtag, diesem Heim der ärgsten Reaktionäre die Aufgabe zugewiesen werden wird, das unreaktionäre, preussische Vereinsgesetz vollständig zu revidieren. Der deutsche Reichstag wird durch unsere Partei Gelegenheit erhalten, über dieses neueste Attentat auf die politische Freiheit sein Gutachten abzugeben. Ein Initiativantrag unserer Partei behandelt nämlich die Frage der Vereinsgesetzgebung durch das Reich.

„Der Sozialist“, der in Folge der unangenehmen gerichtlichen und polizeilichen Verfolgungen des Weitererscheinens einstellen muß, hat heute seine letzte Nummer herausgegeben. Es ist nur ein einseitiges Flugblatt, in dem den Lesern das vorläufige Eingehen des Blattes mitgeteilt wird. Der Schluß des Artikels lautet:

„Für's erste sind wir aller Mittel entblößt und wir hören auf. Mitten in fruchtbarster Aufklärungsarbeit werden wir so herausgerissen; und anderen Kräften müssen wir es überlassen, unsere Arbeit aufzunehmen und das große Werk zu beginnen, an das wir uns gerade machen wollten: die Neubelebung des wirtschaftlichen Kampfes, die Umgestaltung der Arbeiter-Gewerkschaften zu freien Produktions- und Konsumtionsgruppen, die die Grundlage abgeben müssen für die freie Gesellschaft der Zukunft.“

Dazu bemerkt der „Vorwärts“: Wenn die Leute so harmlos sind und nichts weiter wollen, als Produktions- und Konsumtionsgenossenschaften gründen, dann hätte sich Herr Staatsanwalt Dr. Benedix wirklich nicht so zu bemühen brauchen.

Der Nothstand macht sich schon wieder recht unheimlich bemerkbar. Erschreckend ist der Zurückgang im Fleischkonsum. In Halle a. S. z. B. ist der Fleischverbrauch im Monat Dezember 1894 gegen den Monat Dezember 1893 ganz bedeutend zurückgegangen, wie folgende Zahlen, die andeuten, wie viel Stück Vieh im Schlachthause geschlachtet wurden, zeigen:

| | Dezember: | 1893 | 1894 |
|------------------------|-----------|------|------|
| Ochsen und Bullen..... | 194 | 194 | 169 |
| Rühe und Färsen..... | 405 | 405 | 363 |
| Kälber..... | 1412 | 1412 | 996 |
| Schafe..... | 1033 | 1033 | 949 |
| Schweine..... | 2737 | 2737 | 2113 |
| Pferde..... | 86 | 86 | 67 |

Wir wissen, daß der Nothstand im Vorjahre schon einen ziemlich hohen Grad erreicht hatte, diesen Zahlen nach ist derselbe aber immer noch in der Verschlimmerung begriffen. Dies geht aber auch aus noch anderen Mittheilungen deutlich hervor. In Berlin befanden sich z. B. am 1. Dezember 1894 im städtischen Obdach 26 Familien mit 79 Personen. Am 1. Januar 1895 war der Bestand 33 Familien mit 97 Personen. Im Laufe des Monats Dezember wurde das Obdach von 31 733 Personen und zwar von 30 069 Männern und 1664 Frauen benutzt. Von diesen Personen wurden 18 dem Krankenhaus im Friedrichshain, 52 dem Krankenhaus Moabit, 13 der Charité und 813 der Polizei überwiesen. — Die Versammlungen der Arbeitslosen werden von Tausenden besucht und weiß man doch, daß die größte Mehrzahl der Arbeitslosen die Versammlungen garnicht besucht.

Die Behörden sind bei der Bekämpfung des Nothstandes, aber frage man uns nur nicht wie? Nach dem Berliner Magistrat erläßt nun auch der Regierungspräsident zu Potsdam eine Warnung vor Bezug nach Berlin mit dem Hinweis darauf, daß der Berliner Magistrat bei den im Winter von ihm zu vergebenden Arbeiten lediglich solche Arbeiter berücksichtigen will, die

in Berlin ortszugehörig sind, oder wenigstens schon im letzten Sommer dort gearbeitet haben. Ganz besonders macht der Regierungspräsident darauf aufmerksam, daß diejenigen Personen, welche in der Hoffnung Berlin aufsuchen, dort Arbeit zu finden, und dann nicht im Stande sind, sich eine eigene Wohnung oder ein Unterkommen zu verschaffen, ihre Ausweisung zu gewärtigen haben.

Die Ausweisung statt der sehnlichst erhofften Beschäftigung! Auch ein Kulturbild aus dem Staate der Sozialreform!

In Hamburg sind bekanntlich Nothstandsarbeiten in Angriff genommen. Trotz den M. 2 Tagelohn, der gezahlt wird, um den Unternehmern die Arbeiter nicht zu entziehen, ist der Andrang ein so großer, und die Annahme der Arbeiter ist mit so viel Scheerereien verknüpft, daß die ganze „Nothstandsarbeit“ nur ein Tropfen auf einen heißen Stein bedeutet.

Die städtischen Kollegien von Neumünster haben, da die früher bewilligten M. 1500 für Nothstandsarbeiten bereits aufgebraucht sind, weitere M. 1000 für diesen Zweck zur Verfügung gestellt. Damit ist der Nothstand freilich noch lange nicht beseitigt!

Der Magistrat in Halle a. S. fordert zu Nothstandsarbeiten M. 20 000 von der Stabverordnetenversammlung. Die Finanzkommission hat sich zunächst „im Prinzip“ damit einverstanden erklärt.

Deutsche Sozialgesetzgebung im Jahre 1894. So reich das eben verlossene Jahr an politischen Ueberwältigungen und Verschiebungen war, schreibt Dr. Quard im „Sozialpolitischen Zentralblatt“, so arm und unfruchtbar blieb es an positiven Schöpfungen der Sozialgesetzgebung. Es trägt auf diesem Gebiete den Stempel der größten Schaffensmüdigkeit. Das „Halt!“ welches das deutsche Unternehmertum der Arbeitergesetzgebung gebieterisch zurief, als im Jahre 1893 die letzten Ausführungsbestimmungen für die Gewerbeordnungsreform von 1890/91 erlassen waren, hat gründlich gewirkt. Man brauchte keine besonderen Mittel, um diesen Stillstand herbeizuführen; die Unternehmer sprechen in ihren Organisationen und deren Kundgebungen, rückwärtslos, offen und rauh, wie sie es gewohnt sind — und die Regierungsmaschine arbeitete einfach nicht mehr in der erwünschten Richtung. Nichts ist bezeichnender für die Einflüsse, welche heute in Staat und Gesellschaft noch immer die mächtigsten sind, als diese fühlswiegende Uebereinstimmung zwischen Unternehmern und Behörden. Die „Wahlverwandtschaft“ in's Moderne überseht, sozialpolitisch illusiriert... Trostlos — nicht anders kann der Rückblick auf die deutsche Sozialgesetzgebung im Jahre 1894 bezeichnet werden. Die wenigen hellen Punkte verschwinden vollständig in dem traurigen Dunkel, das vorherrscht. — Stimmt.

Gewerkschaftliches und Lohnbewegung.

Aus Danzig wird uns geschrieben: Ein hiesiges Baugehäst, das den Namen „Knochenmühle“ verdient, sucht, trotzdem hier Hunderte arbeitslos sind, Zimmerer und Maurer aus Schlesien herbeizulocken. Wo sich die Menschenknochenhändler sehen lassen, um die armen Opfer nach hier zu schleppen, wolle man ihnen gehörend heimleuchten und davon an untenstehende Adresse Mittheilung machen. Der Lokalverband Danzig. J. A.: Franz Topki, Danzig-Dhra, Korinthengasse 100.

Recht durchsichtig ist die unwürdige Mache, die mit den Danziger Zimmerleuten getrieben wird. Kürzlich brachte die „Danziger Zeitung“, das offizielle Organ der Danziger Ausbeuter, folgende Notiz:

(Folgen des Boykotts.) Wie uns aus dem Vorstande der hiesigen Zimmerer-Brüderchaft mitgeteilt wird, hatten die hiesigen Sozialdemokraten kürzlich gegen die hiesige Herberge des Hauszimmeregewerks den Boykott erklärt. Unter dem 29. Dezember richteten sie nun an das Gewerkschaftsamt, ihnen zu einer Versammlung, in welcher ihr auswärtiger Parteigenosse Schrader sprechen sollte, den Saal des Herbergslokals am 2. Januar einzuräumen. Der Vorstand und der Ausschuß des Gewerkschafts beschlossen nun, den Spieß umzukehren und lehnten den Antrag rundweg ab. Dumme Tölpel sind's, die solche Nichtswürdigkeiten für baare Münze nehmen! Unseren Lesern ist bekannt, daß der feste Zusammenhalt aller Berufsgruppen dazu gehört, um der scheußlichen Ausbeutung, wie sie im Besonderen in Danzig betrieben wird, Zügel anzulegen. Darum tritt der Lokalverband Danzig immer und immer wieder an die fernstehenden Kameraden heran. Er beansprucht das Lokal der Zimmerer zu einer Versammlung der Zimmerer. Das wird hintertrieben; nicht durch die Zimmerer, die „zum Gewerkschaft gehören“, denn dazu gehören bekanntlich auch sehr viele Verbandsmitglieder; sondern durch einige Leute, die unglücklicherweise zu irgend einem Posten im „Gewerk“ gekommen und eines solchen Amtes unwürdig sind. Denn sie paktieren — wir wissen nicht, für welche persönlichen Vortheile — wie die obige Notiz zeigt, mit den Ausbeutern! Judas hat sich vor nahezu 1895 Jahren erhängt; der Geist desselben geht aber immer noch um. Wer's nicht glaubt, der lese die obige Notiz!

„Zum nächsten Gewerkschaftskongress“ bringt die „Holzarbeiterzeitung“ an leitender Stelle der Nr. 2 einen Artikel, der nach mehr als einer Richtung Beachtung verdient. In dem Artikel wird nämlich ausgeführt: „Wie wenig Bedeutung die Beschlüsse eines allgemeinen Gewerkschaftskongresses darüber haben und

haben können, welche Formen die einzelnen Organisationen annehmen sollen, haben die Erfahrungen seit dem ersten deutschen Gewerkschaftskongress im Jahre 1892 jedenfalls mit großer Deutlichkeit bewiesen. Denn ohne uns einer Ungerechtigkeit schuldig zu machen, dürfen wir wohl behaupten, daß die von dem Halberstädter Kongress beschlossene Resolution über die Organisationsfrage bis heute thatsächlich keinerlei praktische Erfolge gezeitigt hat, wenn man nicht etwa auch die Gründung des Holzarbeiterverbandes auf das Konto derselben setzen will. Aber die genannte Resolution empfiehlt bekanntlich den Organisationen den Abschluß von Kartellverträgen, und auf diesem Gebiete ist doch herzlich wenig oder garnichts geschehen, ja, man kann wohl sagen, es ist Alles beim Alten geblieben.

Diese Erfahrungen haben uns in der Ansicht befestigt, daß über die Form der Organisation überhaupt nicht durch Kongressbeschlüsse generell entschieden werden kann. Die Form der Organisation wächst aus den Zuständen, in denen letztere sich befindet, von selbst heraus, und kann dies auch nur, wenn sie sich auf natürlichem Wege entwickeln soll, weil sie sich stets den vorhandenen Zuständen anzupassen hat.

Diese Ueberzeugung scheint sich in letzter Zeit auch immer weiteren Kreisen aufgedrängt zu haben; denn zum großen Glück für die deutsche Gewerkschaftsbewegung hat jetzt endlich der durch mehrere Jahre geführte Streit um die „beste“ Organisationsform bedeutend nachgelassen und ist in den meisten Branchen gänzlich verstummt. Das halten wir, wie gesagt, für ein großes Glück und sind deshalb der Ansicht, daß der nächste Gewerkschaftskongress sich wenig oder garnicht wieder mit der Organisationsfrage nach dieser Richtung zu befassen hat. Wollte man vielleicht auf die Frage der Industrieverbände zurückkommen, so wäre das einfach ein Fehler. Wir haben jetzt in den beiden stärksten Branchen, der Metallarbeiter und der Holzarbeiter, den Industrieverband. Beide Verbände florieren zwar bisher zur Zufriedenheit der Mitglieder und haben ihre Existenzfähigkeit erwiesen; sie stehen aber beide noch in der ersten Entwicklung und werden noch längerer Zeit bedürfen, um ihre angeblichen oder thatsächlichen Vortheile vor den anderen Berufsorganisationen deutlicher zu beweisen. Bis dahin sollte man aber die Frage ruhen lassen, schon allein deswegen, weil ein erneuter Kongressbeschluss zweifellos ebenso erfolglos sein würde, als es der des Halberstädter Kongresses bezüglich der Kartellverträge geblieben ist. Zeigen sich die beiden bestehenden Industrieverbände wirklich als vortheilhaft und nachahmenswerth, so werden die übrigen Gewerkschaften diese Organisationsform ganz von selbst ebenfalls wählen, sobald die Umstände ihnen deren Durchföhrung möglich machen.“

Trotz alledem: „Das Stattfinden des nächsten Gewerkschaftskongresses ist nicht nur nicht überflüssig, sondern sogar äußerst nothwendig und vortheilhaft für die deutsche Gewerkschaftsbewegung.“ So meint die „Holzarbeiter-Zeitung“ resp. der Artikelschreiber: „Allerdings nicht nach der Richtung, daß derselbe (Gewerkschaftskongress) sich etwa wieder in mehrstädtiger Verhandlung mit der leidigen Organisations(form)frage zu befassen haben soll, sondern er wird andere, wichtigere Fragen zu behandeln und zu entscheiden haben.“

„Als erste Frage... welche es nöthig erscheinen läßt, schon jetzt Stellung zu nehmen,“ wird „das Verhältnis der einzelnen Zentralverbände zur Generalkommission“ genannt.

„Es liegen dann — dem Artikel nach — noch mehrere wichtige Fragen vor, welche auf dem Kongress zur Verhandlung kommen sollten. Dieselben betreffen zum Beispiel die Arbeitslosenunterstützung, die Höhe der Beiträge, sowie die Streiks und die Streikunterstützung. Außerdem besonders auch die Arbeitsvermittlung in Verbindung mit den städtischen Arbeitsämtern, und auch die vor einiger Zeit im „Gewerkschaft“ angeregte Frage, ob sich nicht die doch meistens dem Ruin verfallenen freien Hilfskantontassen mit den Gewerkschaften verschmelzen sollten, wäre wohl der Behandlung werth. Die Angelegenheit der Unterstützungen innerhalb der Gewerkschaften ist erst kürzlich in mehreren Gewerkschaftsblättern, namentlich bezüglich der Arbeitslosenunterstützung, wieder eingehend besprochen worden und bisher ist die Frage der Zweckmäßigkeit immer noch unentschieden. Eine gründliche Aussprache von Mund zu Ohr dürfte der Sache wohl förderlich sein. Auch eine Diskussion über die Beitragshöhe kann nicht schaden und hätte vielleicht den Erfolg, daß der nächste Kongress sich mehr entschieden für das Prinzip hoher Beiträge ausspricht, als der Halberstädter Kongress dies gethan. Bezüglich der Streikfrage ist zu erwägen, ob nicht doch die Generalkommission auf die eine oder andere Weise wieder zur Unterstützung von Streiks herangezogen werden kann — vielleicht in Verbindung mit den örtlichen Gewerkschaftsstellen — und wie besonders eine präzisere Berichterstattung über sämmtliche nennenswerthe Streiks herbeizuföhren ist.“

Wir müssen uns vor der Hand damit begnügen, diese Anregungen zu registriren, wir behalten uns vor, später darauf zurückzukommen.

Ueber die Einführung der Arbeitslosenunterstützung wird gegenwärtig in der „Buchbinder-Zeitung“ diskutiert. In der Nr. 2 der Zeitung führt ein Genosse aus:

„Das sind fürwahr schlechte Organisatoren, die den Organisirten nichts zu bieten vermögen, als eine Unter-

stüfung bei Arbeitslosigkeit. Vielmehr muß der Wille und die ganze Kraft darauf gerichtet sein, die Unterstützung überflüssig zu machen, die Arbeitslosigkeit nach Möglichkeit einzudämmen. Und sage Keiner, agitatorisch sei das Unterstützungswesen von größter Wichtigkeit, es gelänge uns durch dasselbe die Organisation der Berufs-genossen. Wie aber, wenn die Beiträge nicht hinreichen, auch nur die benötigten Unterstützungen aufzubringen? Dann werden die jung organisierten, ehemals indifferenten Mitglieder die älteren des Demagogentums zeihen und in hellen Haufen auf- und davongehen. Raum genügt ja der jetzige Beitrag, um die laufenden Verbindlichkeiten zu erfüllen, und da hat Jemand den Muth, dem Ver-bande noch mehr aufzudenken? Das nenne ich potenzierten Leichtsinns! Denke doch Jeder daran, daß bei den Buchdruckern eine dreijährige Mitgliedschaft nöthig ist, um bezugsberechtigt zur Arbeitslosenunterstützung zu werden; bei uns aber finden sich Nechengehies, die bei 13wöchentlichem Beitrag der Organisation die unerschwingliche Last aufzudenken wollen! Immer wieder fasse ich mir an den Kopf und frage: Wie ist's möglich, daß Jemand sich so verrennt?!

Agitatorisch wirksam! Damit hat schon mancher Philister seine reaktionäre Gesinnung verdeckt. Wir in Berlin sind nicht krebsen gegangen mit dem Unterstützungswesen des Verbandes, es wurde höchstens beiläufig erwähnt. Wir gingen aber hin in die Betriebe und rüttelten die Kollegenschaft auf, wir verlangten fortgesetzt Abhilfe bestehender Mißstände, Verbesserung der Löhne und Anderes mehr! Und der Erfolg? Die fernstehende Kollegenschaft sah, daß wir Gutes schafften, unser Wirken besserte offenkundig ihre Lage. Und sie kamen zu uns in großer Zahl, so daß in einem einzigen Jahre die Zahl der Organisierten sich mehr als verdoppelte. Anfang 1894 betrug sie 500, jetzt weit über 1000. Nochmals, dieser Erfolg wurde erreicht durch praktische, freilich mühevollere Arbeit, nicht durch den Röhder der Unterföhung."

Abgesehen von der Diskussion bei den Buchbindern ist solche Meinungsäußerung manchem Optimisten gegenüber sehr wohl am Platze. Sind doch schon Wünsche laut geworden, die dahingehen, den besoldeten Beamten je M. 200 vom Gehalt abzuziehen, um damit eine Arbeitslosenunterstützungs-kasse zu errichten. Wenn man sich die Sache so leicht vorstellt, dann wird die Einführung einer solchen Kasse allerdings wie ein Kaltwasserstrahl wirken!

Der Pariser Gemeinderath hat in seiner letzten Sitzung Frs. 50 000 für die Gewerkschaften votirt, die sich mit der Arbeitsvermittlung befassen. Es ist dies eine gleiche Summe wie die, die er ehemals der Arbeits-börse als Subvention zukommen ließ. Die Schließung der Arbeitsbörse hat darum der Regierung nur wenig genügt und den Gewerkschaften nur wenig geschadet.

Literarisches.

Die allgemeine Arbeitslosigkeit, ihre Ursachen und Beseitigung. Von E. D. Schmidt. Berlin 1895. Verlag der Expedition des „Vorwärts.“ Preis 20 M.

Der Verfasser bringt, wie er dies im Vorwort auch selbst anerkennt, in seiner 48 Seiten starken Broschüre nichts eigentlich Neues. Trotzdem ist die Broschüre zur weiteren Verbreitung in solchen Arbeiterkreisen sehr gut geeignet, denen daran liegt, über ihre soziale Lage und besonders über die Ursachen des größten Mißstandes unserer Zeit, der allgemein herrschenden Arbeitslosigkeit, zutreffende und leichtverständliche Aufklärung zu erhalten. Der Verfasser geht bei seinen Darlegungen überall von der Arbeitslosigkeit aus, giebt aber an der Hand dieses Themas einen Ueberblick über die Entwicklung und die inneren Zusammenhänge der ganzen kapitalistischen Gesellschaft, indem er gleichzeitig auf die Nothwendigkeit einer sozialistischen Gesellschaftsformation hinweist, die allein der allgemeinen Arbeitslosigkeit wirklich ein Ende bereiten kann. Dabei wird nicht veräuimt, auch auf die Mittel einzugehen und diese auf ihre größere oder geringere Berechtigung und Wirksamkeit hin zu würdigen, die vorgeschlagen oder versucht worden sind, der Arbeitslosigkeit schon innerhalb der heutigen Gesellschaft ein Ziel zu setzen.

Für Leute, die unsere Grundbegriffe in sich aufgenommen haben und unsere Parteiliteratur kennen, bietet die Broschüre nichts Neues. Desto aufklärerischer wird sie für weite, mehr rückständige Proletariatschichten wirken können. Auch als Leitfaden für unsere Agitatoren in politischen und Gewerkschafts-Versammlungen scheint uns das Werkchen sehr brauchbar zu sein.

Versammlungs-Anzeiger.

(Unter dieser Rubrik werden Versammlungs-Anzeigen bis zu 3 Zeilen Raum unentgeltlich aufgenommen.)

- Barmen.** Sonntag, den 27. Januar, bei Wälfing, Ober-Dörner- und Radlizerstraßen-Ecke.
- Bergedorf.** Sonntag, den 27. Januar, Nachmittags 4 Uhr, in St. Petersburg.
- Berlin.** Bezirk M o a b i t. Sonntag, den 20. Januar, Vormittags 10 1/2 Uhr, bei Lange, Stromstr. 28.
- Bielefeld.** Sonntag, den 27. Januar, Vormittags 9 Uhr, bei Vogeding, Turnerstraße.
- Böhum.** Sonntag, 27. Januar, in der „Germaniahalle“.
- Charlottenburg.** Dienstag, den 22. Januar, bei Krause, Bismarckstr. 74.
- Delmenhorst.** Sonnabend, den 26. Januar, bei Gastwirth Duwe.
- Dortmund.** Dienstag, den 22. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, bei Wudke, Auf dem Berge.

- Flottbek.** Sonntag, den 27. Januar, bei Schnepel, in Nienstedten.
- Gaarden.** Donnerstag, den 31. Januar, Abends 8 Uhr, bei Petersen, Ecke der Schul- und Kielerstraße.
- Halberstadt.** Dienstag, den 22. Januar, in Vollmann's Lokal, Bafenstraße 63.
- Hamburg.** Dienstag, den 22. Januar, Abends 8 Uhr, im „Englischen Tivoli“, St. Georg, Kirchenallee.
- Hannau.** Sonntag, den 20. Januar, Nachmittags 3 Uhr, im „Goldenen Löwen“, Liegnitzerstraße.
- Kellinghusen.** Sonnabend, den 26. Januar.
- Kriwitz.** Sonntag, den 27. Januar.
- Lauenburg.** Sonntag, den 27. Januar, Nachmittags 4 Uhr, im Vereinslokal.
- Lübeck.** Dienstag, den 22. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, bei Sparmann, Hundestraße 101.
- Münden i. S.** Dienstag, den 22. Januar, bei Wwe. Finte, Langestraße.
- Nordhausen.** Unsere Versammlungen finden bis April am ersten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, in „Stadt Berlin“ statt; von da ab wieder den ersten Montag im Monat, Abends 8 Uhr.
- Potsdam.** Am zweiten Dienstag nach dem Ersten eines jeden Monats bei Glaser, Brandenburger Kommunikation 16.
- Spandau.** Dienstag, den 22. Januar, Abends 8 Uhr, bei Vork, Staakenstraße 14.
- Stettin.** Dienstag, den 22. Januar, Abends 7 Uhr, bei Dabron, „Velle-Alliance-Salon“, Bölligerstraße 45.
- Wandsbek.** Mittwoch, den 23. Januar, bei Gernau, Hamburgerstraße.
- Waren.** Sonntag, den 27. Januar, auf der Herberge.
- Warin.** Sonntag, den 27. Januar, Nachmittags 4 Uhr, auf der Herberge.
- Wilhelmshaven.** Am vierten Freitag eines jeden Monats, Abends 8 Uhr, bei Maes in Heppens.

Briefkasten der Redaktion.

* Dieser Nummer liegt das „Correspondenzblatt“ der Generalkommission für die Lokalvorstände resp. Vertrauensleute bei.

Aus Cuxhaven ist uns eine anonyme Zuschrift zugegangen, für die wir auch noch obenrein 20 M Strafporto zahlen müßten; wir theilen dem Uebender auf diesem Wege mit, daß wir die Zuschrift so nicht veröffentlichen.

Münster i. W., N. Die Rechnung ist aus Versehen ausgeschrieben, dieselbe sollte einem anderen Schulner gelten. Der Betrag von M. 1,40 ist hier am 31. Oktober 1894 eingegangen.

Anzeigen.

(Acht Befehl der Generalversammlung wird den Anzeigen der Kostenpreis in Klammern beigedruckt. Wir ersuchen nun, ohne weitere Aufforderung das Geld in Briefmarken unter der Adresse A. Bringmann, Hamburg-Barmbeck, Fehlerstraße 28, 1. Et., einzusenden. Von Zeit zu Zeit werden wir dann öffentlich darüber quittiren; dadurch werden ganz erhebliche Unkosten und auch ein groß Theil Arbeit gespart.)

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer. (C. S. Nr. 2 in Hamburg).

Vertikale Verwaltungsstelle Hamburg.

Mitglieder-Versammlung

am Sonnabend, den 26. Januar, Abends 8 Uhr,

im Lokale des Herrn Fick, Große Rosenstraße 37.

Tagesordnung:

- 1. Jährliche Abrechnung.
 - 2. Antrag Schrader.
 - 3. Revidoren- und Delegirtenwahl.
 - 4. Richterstattung des Delegirten vom Sanitätsverein.
 - 5. Verschiedenes.
- [M. 1,40] **Der Vorstand.**

Achtung, Zimmerer Düsseldorf's.

Weil unser bisheriges Vereinslokal boykottirt ist, fallen die Versammlungen vorläufig aus.

Beiträge, Aufnahmen usw. werden jeden Sonntag von 11—1 Uhr bei Wwe. Stürer, Bollstr. 8, entgegengenommen.

Die Reiseunterstützung wird vom 20. Januar ab Abends von 7—8 Uhr und Sonntags Mittags von 11—12 Uhr daselbst ausbezahlt.

[M. 1,10] **Der Vorstand.**

Achtung, Zimmerer Dresden's!

Dienstag, den 22. Januar, Abends 8 Uhr, im großen Saale des „Erianon“:

Große öffentliche Versammlung.

Tagesordnung:

- 1. Die Mißstände im Baugewerbe, Referent: Kollege Heintze aus Hamburg.
 - 2. Debatte.
- [M. 1,10] **Der Vertrauensmann.**

Lokalverband Heidelberg.

Unsere Herberge befindet sich bei Herrn Köhler, „Gasthaus zur goldenen Glocke“, daselbst wird auch die Reiseunterstützung ausgezahlt.

[M. 1,80] **Der Vorstand.**

Ein bedeutendes
Zimmergeschäft
mit Holzschneiderei ist krankheitshalber sofort zu verkaufen.
Nöthiges Kapital M. 40—50 000.
F. Hesse,
Kassel, Wilhelmshöher Allee 30.

Genossen!
Kauft nur den **„Wleistift „Solidarität“** von **Jean Bloz, Stein bei Nürnberg.**

Reise-Handbuch
für wandernde Arbeiter.
Mit 3 Karten, gebunden Mark 1,50.
Durch J. Scherm, Nürnberg u. alle Buchhandl.

Verkehrslotale, Herbergen usw.
(Jahres-Inserat unter dieser Rubrik nebst Gratis-Abonnement gegen Einsendung von M. 8.)

- Berlin N.** Chr. Hilgenfeld, Bergstr. 60, Restaurator. Arbeitsvermittlung und Zahlstelle der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer.
- W. Pöpple, Markussstraße 14, Eingang Grünerweg. Arbeitsvermittlung. Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse der Zimmerer.
- Julius Raumann, W., Kulmstr. 36, Restauration, Arbeitsvermittlung. Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse der Zimmerer.
- Bergedorf.** Zentralherberge und Verkehrslokal bei Joh. Bez, Töpferstraße 8.
- Breslau.** Verkehrslokal und Zahlstelle des Verbandes und der Zentral-Krankenkasse: Oberstr. 3, „Grüner Hirsch“. Zentralherberge „In den drei Tauben“, Neumarkt 8.
- Charlottenburg.** Jeden Dienstag nach dem 1. und 15. jedes Monats. Versammlung. Verkehrslokal sowie Zahlstelle der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer beim Kameraden H. Krause, Bismarckstraße 74.
- Danzig.** Vereins- und Verkehrslokal (Privatlokal) des Zentralverbandes, Breitegasse 42. Dasselbe ist nur Abends von 6 Uhr ab geöffnet.
- Dresden.** Verkehrslokal und Herberge: „Gasthof zum goldenen Faß“, Münzgasse 3. Jeden Sonnabend: Zahlstelle des Verbandes, 2. Bezirk.
- Zehl's Restaurant, Mittelstraße 6. Jeden Sonnabend: Zahlstelle des Verbandes, 1. Bezirk, sowie der Zentralkrankenkasse, Zahlstelle I.
- Zimmermann's Restaurant, Schönbrunnstr. 1. Jeden Sonnabend: Zahlstelle des Verbandes, 3. Bezirk, sowie alle 14 Tage der Zentralkrankenkasse, Zahlstelle II.
- Hamburg.** Zentralherberge: Wid (vormals Diehl), Große Rosenstraße 37.
- Hamburg-St. Georg.** Aug. Bräsecke, Steinthorweg 2, Keller.
- Hamburg-Elmsbüttel.** Fr. Demde, Verkehrslokal Belle-Alliancestr. 49.
- Hamburg-Barmbeck.** Verkehrslokal für Zimmerer, Rud. Ellerbrock, Hamburgerstraße 134, gegenüber der Elbstraße.
- Hamburg-Barmbeck.** D. Klemeyer, Wohldorferstr. 9, 2. Et. Vermietung von Zimmererwerkzeug.
- Hannover.** Versammlungslokal bei Volte, Neuestr. 27, Zentralherberge bei Klinglitz, Wallhofstr. 1.
- Harburg.** Versammlungslokal der Zimmerer u. Zentralherberge bei Herrn Lüssenhop, erste Bergstraße 7.
- Kellinghusen.** Herberge und Vereinslokal: H. Wrage, „Volkshalle“.
- Leipzig.** Verkehrslokal und Arbeitsnachweis bei Neubauer, Restauration, Universitätsstr. 6. Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse „Universitätskeller“, Ritterstr. 7. Herberge Kl. Fleischergasse, Max Saupe's Restaurant. Kassirer der Zentralkrankenkasse: Joseph Fritzsche, Leipzig-Neuditz, Leipzigerstr. 3, und August Kaiser, Friedrichstr. 41.
- Lübeck.** Verkehrslokal: Fr. Spahrman, Hundestr. 101. Arb.-Nachw.: F. Strunk, Rosenstr. 14/6.
- München.** Das Verkehrs- und Versammlungslokal des Lokalverbandes befindet sich im „Passauer Hof“, Dultstraße 4. — Jeden ersten und dritten Sonntag im Monat, Vormittags 10 Uhr, findet hier Versammlung statt.
- Rostock.** Verkehrslokal für die Verbandsmitglieder und Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse bei W. Marien, Beguinenberg 10.
- Spandau.** Zimmererherberge und Verkehrslokal bei N. Schulz, Adamstraße 9.
- Stettin.** Verkehrslokal, Vogirhaus, Zahlstelle des Verbandes deutscher Zimmerleute und Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse bei Fr. Harath, Vogislawstraße 22.
- Stuttgart.** Verkehrslokal und Zahlstelle des Verbandes und der Zentral-Krankenkasse, Holzstraße 18. Zentralherberge, „Gasthaus zum Hirsch“, Hirschstraße 14.
- Wilhelmshaven.** Verkehrslokal u. Herberge im Vereins- und Konzerthaus „Zur Arche“ in Bant. Arbeitsnachweis bei G. Gerbes, Neue Wilhelmshavenerstr. 4.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.